

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/032(IV)/06			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 06.04.2006	Otto-von-Guericke- Saal	14:00Uhr	21:00Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung des Beschlussprotokolls der 30. (IV) und 31. (IV) Sitzung des Stadtrates vom 09.03./13.03.06
- 4 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5 Anfragen an die Verwaltung

- 6 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 6.1 Änderung der Gefahrenabwehrverordnung DS0059/05
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6.1.1 Änderung der Gefahrenabwehrverordnung DS0059/05/1
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten
- 6.2 Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Magdeburg im "Freundeskreis Korvette Magdeburg" DS0041/06
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6.3 Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung 2005 der Messe- und Veranstaltungsgesellschaft Magdeburg GmbH DS0004/06
BE: Bürgermeister
- 6.4 Jahresabschluss 2004 der Flughafen Magdeburg GmbH (FMG) DS0007/06
BE: Bürgermeister
- 6.5 Jahresabschluss 2004 der Natur- und Kulturpark Elbaue GmbH (NKE) DS0009/06
BE: Bürgermeister
- 6.6 Jahresabschluss 2003 des Eigenbetriebes Zoologischer Garten Magdeburg DS0658/05
BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport
- 6.7 Einziehung eines Parkstreifens Fröbelstraße Nr. 18 - 56 DS0642/05
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 6.8 Satzung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 156-2.1 und zur planfeststellungsersetzenden Straßenplanung der Abbiegespur (Ortsfahrbahn) "Ziolkowskistraße 11 / Dienstleistungszentrum für Autokunden" DS0545/05
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 6.9 Straßename DS0657/05
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

6.9.4	Straßenname Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	DS0657/05/1
6.9.5	Straßenname Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	DS0657/05/2
6.10	Einleitung der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Landeshauptstadt Magdeburg - Südost BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0648/05
6.11	Aufhebung des Satzungsverfahrens vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 310-1.1 "Nahversorgungszentrum Olvenstedter Platz" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0644/05
6.12	Beschluss über den geänderten Entwurf und die erneute öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 178-5 "Östliche Wittenberger Straße / Wissenschaftspark" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0379/05
6.13	Befreiung von den Festsetzungen des B-Planes Nr. 255-1, "Ölmühle Berliner Chaussee" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0080/06
6.13.1	Befreiung von den Festsetzungen des B-Planes Nr. 255-1, "Ölmühle Berliner Chaussee" SPD - Fraktion	DS0080/06/1
6.14	Komplettierung des Börderadweges zwischen Schmeilstraße und Am Schroteanger BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0661/05
6.14.1	Komplettierung des Börderadweges zwischen Schmeilstraße und Am Schroteanger CDU - Fraktion	DS0661/05/1
6.14.2	Komplettierung des Börderadweges zwischen Schmeilstraße und Am Schroteanger Interfraktionell	DS0661/05/2

- 7 Einwohnerfragestunde
Der Stadtrat führt gemäß § 27 Gemeindeordnung LSA zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.
- 8 Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge
- 8.1 Fördergebietsstruktur A0175/05
SR Hans-Dieter Bromberg, SPD Fraktion
WV v. 29.09.05
- 8.1.1 Fördergebietsstruktur A0175/05/1
Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung u.kommunale
Beschäftigungspolitik
- 8.1.2 Fördergebietsstruktur S0290/05
- 8.2 Theaterbus für Puppentheater A0237/05
CDU - Fraktion
WV v. 12.01.06
- 8.2.1 Theaterbus für Puppentheater S0029/06
- 8.3 Aufstellung der "Kurfürsten" des Magdeburger Reiters im Museum A0226/05
SPD - Fraktion
WV v. 09.02.06
- 8.3.1 Aufstellung der "Kurfürsten" des Magdeburger Reiters im Museum A0226/05/1
CDU - Fraktion
- 8.3.2 Aufstellung der "Kurfürsten" des Magdeburger Reiters im Museum S0039/06
- 8.4 Überdachung "Tastmodell" Magdeburger Innenstadt A0238/05
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Kulturausschuss
WV v. 09.02.06
- 8.4.1 Überdachung "Tastmodell" Magdeburger Innenstadt A0238/05/1
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

8.4.2	Überdachung "Tastmodell" Magdeburger Innenstadt	S0047/06
8.5	Eröffnung Weihnachtsmarkt Interfraktionell WV v. 12.01.06	A0230/05
8.5.1	Eröffnung Weihnachtsmarkt CDU - Fraktion	A0230/05/2
8.5.2	Eröffnung Weihnachtsmarkt	S0044/06
8.6	Kostenrahmen für den Sachsen-Anhalt-Tag und für das Stadtjubiläum Ausschuss für Rechnungsprüfung und Beteiligungscontrolling	A0051/06
8.6.1	Kostenrahmen für den Sachsen-Anhalt-Tag und für das Stadtjubiläum Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0051/06/1
8.7	Entwicklung des Universitätsplatzes Interfraktionell	A0053/06
8.8	Kunst für den Universitätsplatz Stadträtinnen Sabine Paquè, FDP - Fraktion und Karin Meinecke, Fraktion Die Linkspartei. PDS	A0055/06
8.9	Tag des Schiffshebewerks FDP - Fraktion	A0054/06
8.10	Ausstellung zum Schiffshebewerk SPD - Fraktion	A0066/06
8.11	Fußgängerfreundliche Ampelschaltungen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0059/06
8.12	Antrag Grüne Welle für Magdeburg CDU - Fraktion	A0062/06
8.12.1	Antrag Grüne Welle für Magdeburg Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0062/06/1

8.13	Aufstellung von vorhandenen Kunstwerken in der Innenstadt SPD - Fraktion	A0060/06
8.13.1	Aufstellung von vorhandenen Kunstwerken in der Innenstadt Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0060/06/1
8.14	Antrag Aufstellung der allegorischen Figuren der Zollbrücke in der Öffentlichkeit CDU - Fraktion	A0063/06
8.14.1	Antrag Aufstellung der allegorischen Figuren der Zollbrücke in der Öffentlichkeit SPD - Fraktion	A0063/06/1
8.15	Mosaik für Nashville Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0061/06
8.16	Antrag Beitritt zum Zentrum gegen Vertreibung CDU - Fraktion	A0064/06
8.17	Antrag Initiative "Ehrenamt in der Schule" CDU - Fraktion	A0065/06
8.17.1	Antrag Initiative "Ehrenamt in der Schule" FDP - Fraktion	A0065/06/1
8.18	EinBlick - Politik und Verwaltung für Schülerinnen und Schüler transparent machen Alle Fraktionen	A0056/06
8.19	Ehrung von historischen Persönlichkeiten mit Bezug zu Magdeburg Interfraktionell	A0057/06
8.20	Übersicht Veranstaltungsorte in Magdeburg FDP - Fraktion	A0058/06
8.21	Hochwassersituation FDP-Fraktion	A0069/06
8.22	Erhalt des Bischofs- und des Kirchensitzes in Magdeburg Interfraktionell	A0070/06

9	Informationsvorlagen	
9.1	DS0464/05/34 - Antrag der CDU (Beschluss-Nr. 783-Z001(IV)05 Sanierung von Kita's und Schulen über das Programm "Städteumbau Ost"	I0028/06
9.2	Effektivere Eingliederung in den 1. Arbeitsmarkt	I0384/05
9.3	Berufliche Frühorientierung an Schulen - A0073/05; Ergänzungsantrag A0174/05	I0035/06
9.4	Konzept zum Umgang mit Open-Air-Veranstaltungen	I0045/06
9.5	Bericht über kommunale arbeitsmarktpolitische Ergebnisse per 31.12.2005 - Kurzfassung -	I0055/06
9.6	Information zur DS 0464/05/56	I0047/06
9.7	Sanierung des Schulstandortes Cracauer Straße 8-10	I0068/06
9.8	Einwohnerversammlung Reform	I0095/06
9.9	Inanspruchnahme der Haushaltsmittel per 31.12.2005	I0096/06

- Nichtöffentliche Sitzung
- 10 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 10.1 Berufung eines stellvertretenden Ortswehrleiters in das Ehrenbeamtenverhältnis DS0650/05
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 10.2 Weitere Sanierung und Nutzung Rennbahn Herrenkrug DS0046/06
BE: Bürgermeister
- 10.3 Gesellschaftsrechtliche Maßnahmen bei der P.G.M. Parkraum GmbH Magdeburg DS0015/06
BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit
- 10.3.1 Gesellschaftsrechtliche Maßnahmen bei der P.G.M. Parkraum GmbH Magdeburg DS0015/06/1
Verwaltungsausschuss
- 10.4 Geschäftsführer-Personalangelegenheiten DS0054/06
BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit
- 10.5 Geschäftsführer - Personangelegenheiten DS0082/06
BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit
- 10.5.1 Bestellung eines Kfm. Geschäftsführers der MVB GmbH DS0082/06/1
Fraktion Die Linkspartei.PDS
- 10.6 Geschäftsführer-Personalangelegenheiten DS0083/06
BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit
- 11 Anfragen an die Verwaltung

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge eröffnet die 32.(IV) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte
Oberbürgermeister	1
Zu Beginn anwesend	37
maximal anwesend	55
entschuldigt	2

Auf Antrag der CDU-Fraktion nimmt der Stadtrat durch feststellenden Beschluss zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 947-32(IV)06

Für den ausgeschiedenen Stadtrat Thomas Kilian wird

Frau
Claudia Szydzick
Feuerbachstr. 2
39104 Magdeburg

Mitglied der CDU-Ratsfraktion.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge begrüßt Frau Szydzick und nimmt die nach § 32 der GO LSA erforderliche Pflichtenbelehrung vor.

Auf Antrag der CDU-Fraktion nimmt der Stadtrat durch feststellenden Beschluss zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 948-32(IV)06

Durch das Ausscheiden von Herrn Thomas Kilian als Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg ergeben sich folgende Ausschussumbesetzungen:

Claudia Szydzik wird Mitglied im Ausschuss für Rechnungsprüfung und Beteiligungscontrolling.

Uta Siedentopf wird Mitglied im Vergabeausschuss.

Gunter Schindehütte wird Mitglied im Umlegungsausschuss und sein Stellvertreter wird **Frank Schuster**.

Frank Schuster wird Stellvertreter für Reinhard Stern in der Regionalversammlung.

Claudia Szydzick wird Mitglied im Betriebsausschuss des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes.

Claudia Szydzick mit Mitglied in der Gesellschafterversammlung der IGZ NAROSSA.

Bernd Reppin wird Mitglied in der Gesellschafterversammlung der MMKT GmbH.

2. Bestätigung der Tagesordnung

1. Ergänzungen zur TO

A0069/06 – FDP-Fraktion
Hochwassersituation

(mit 2/3 Mehrheit beschlossen) als **TOP 8.21**

A0070/06 – Interfraktionell
Erhalt des Bischofs- und des Kirchensitzes
in Magdeburg

(mit 2/3 Mehrheit beschlossen) als **TOP 8.22**

2. Hinweise zur TO

TOP 10.6 – DS0083/06 Geschäftsführer-Personalangelegenheiten – wird vom Oberbürgermeister von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

TOP 8.8 – A0055/06 Kunst für den Universitätsplatz – wird durch den Einbringer von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

Der veränderten Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

3. Bestätigung des Beschlussprotokolls der 30. (IV) und 31. (IV) Sitzung des Stadtrates vom 09.03./13.03.06
-

Beschlussprotokoll der 30.(IV) Sitzung des Stadtrates vom 09. 03. 2006

Redaktionelle Änderungen der CDU-Fraktion:

Auf Seite 14, TOP 6.2, 6. Absatz von oben muss es richtig heißen:

... im Änderungsantrag DS0045/06/1 ...

Das redaktionell geänderte Beschlussprotokoll der 30.(IV) Sitzung des Stadtrates vom 09. 03. 2006 wird bei einigen Enthaltungen einstimmig **bestätigt**.

Beschlussprotokoll der 31.(IV) Sitzung des Stadtrates vom 13. 03. 2006

Redaktionelle Änderungen der CDU-Fraktion:

Auf der Seite 14 und der Seite 15 müssen die mündlichen Antworten des Oberbürgermeisters zu den Anfragen TOP 3.9 und TOP 3.10 miteinander getauscht werden.

Auf der Seite 28, 2. Absatz von unten, muss es richtig heißen:

... Stadtrat Krause, **Fraktion Die Linkspartei.PDS**, ...

Auf der Seite 36, 2. Absatz von unten, muss es richtig heißen:

... zum Antrag **A0224/05** hervor, ...

Das redaktionell geänderte Beschlussprotokoll der 31.(IV) Sitzung des Stadtrates vom 13. 03. 2006 wird bei einigen Enthaltungen einstimmig **bestätigt**.

4. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
-

Hierzu liegt eine schriftliche Tischinformation vor.

5. Anfragen an die Verwaltung

5.1. Anfrage SR Ansorge zur Hochwassersituation

Vorsitzender des Stadtrates Herr Ansorge:

Ich möchte selbst mit einer Anfrage beginnen. Im Namen des Stadtrates und natürlich der Einwohner der Stadt Magdeburg bitte ich Sie, Herr Oberbürgermeister, um Informationen über die Hochwassersituation, über die getroffenen Maßnahmen, über Ihren Erkenntnisstand und alle Dinge, die von Interesse sein müssten.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Zunächst mal möchte ich Ihnen eine Information geben, die weit in die Vergangenheit zurückgeht. Weil das ja immer so ist im menschlichen Leben, aus dem Auge aus dem Sinn, vergisst man, was alles schon mal in Magdeburg war. Ich trage Ihnen jetzt mal vor die Jahre, in denen in Magdeburg ein Hochwasser war, und zwar nach dem Bau des Pretziener Wehrs von über 6 m. 1890, 1871, 1886, 1888, 1883, 1876, 1881, also in einem ziemlich kompakten Zeitraum von fast 20 Jahren, 7 Mal Hochwasser über 6 m mit dem höchsten Stand 1881 von 6,63 m. Im 20. Jahrhundert gab es das letzte Hochwasser über 6 m im Jahre 1948, 6,06 m, 1941, 1946, 1920 und sonst nicht im 20. Jahrhundert. Nur 5 bis 6 Mal Hochwasser über 6 m in Magdeburg im 20. Jahrhundert. Seit 1948 gab es das nicht mehr, sodass viele Magdeburger, Junggeborene, das gar nicht mehr kannten, dass es so was geben könnte. Aber davor gab es das 10 bis 12 Mal in der Dimension. Vor allem sage ich es deshalb zu Beginn, um mal einordnen zu können, ist das in diesem Jahr ein besonderes Hochwasser oder ein normales Frühjahreshochwasser. Da muss man ganz klar sagen, es ist ein besonders hohes Hochwasser, das zweithöchste, was wir seit 1848 in Magdeburg hatten, über 6 m, 6,25, 6,24 war bisher der höchste Pegel, den wir in den letzten Tagen messen konnten. Ein außergewöhnlich hohes Hochwasser.

Wer sich im Winter informiert hat, Fernsehen geschaut hat und Zeitung gelesen hat, der wusste auch, dass in diesem Jahr viel Wasser kommen wird, weil es geschneit hat ohne Ende. Meter hohe Schneemengen hat man sehen können, eingestürzte Dächer und so fort. Es war also jedem halbwegs klar, in diesem Jahr kommt viel Wasser die Berge und die Elbe herunter.

Was ist dann passiert? Am 29. 3. hat das erste Mal in Magdeburg der Stab für außergewöhnliche Ereignisse getagt. An diesem Tag war das erste Mal auch die Chance, eine Prognose abzugeben, wie die Entwicklung der nächsten Tage sein könnte. Diese Prognosewerte stammen wie immer von der Wasser- und Schifffahrtsdirektion und werden uns vom Landesbetrieb für Hochwasserschutz täglich mittags nach 13:00 Uhr mitgeteilt. Am 29. 3. war die Prognose für den 30. 3. 4,20 m, für den 31. 3. 5,70 m. Diese Werte kann man jeden Tag, und zwar stündlich, im Internet ansehen. Alle drei Stunden rückwärts können Sie den neuen Wert erkennen, wie hier der Pegelstand ist. Wer von dem Wasserstand in Magdeburg davon spricht, er ist überrascht worden, der muss tagelang geschlafen haben. Dass das Wasser auf uns zukommt in der Dimension, die man hier nachlesen kann, war, glaube ich, jedem auch zugänglich. Jetzt ist das alles in den letzten

Tagen mal hoch und runter gegangen. Die Prognosewerte schwankten etwas. Kurioserweise in diesem Jahr die letzten drei Tage oder die Tage vom Sonntag, Sonnabend und Montag unter den Werten, die wirklich eingetreten sind. Das war 2002 genau anders herum. Da hatten wir immer zu hohe Werte, die nicht eingetreten sind. Die Frage ist jetzt. Was ist günstiger? Hohe Werte voraussagen, die nicht eintreten, oder niedrigere, die dann überschritten werden. Am besten ist, die richtigen Werte zu sagen. Die Werte, die immer einen Tag vorher für den nächsten Tag gesagt worden sind, stimmten bis auf wenige cm. Die größte Abweichung gab es am 2. 4.. Da wurden 5 m vorausgesagt und 5,24 sind eingetreten. Alle anderen Tage lag es im Bereich von 5, 2 bis 10 cm Abweichung von dem Ergebnis der Voraussage für den nächsten Tag. Aber ich sage es nochmal, am 29. 3. war klar, dass wir 5,70 m wahrscheinlich erreichen werden. Und wir sind leider einem halben Meter darüber hinweggekommen. Da wurde aber schon am Sonntag, den 2. 4., auch prognostiziert, dass es über 6 m gehen kann.

Jetzt gibt es Betroffene in Magdeburg. Zum Glück bei Weitem nicht so viel, wie 2002, aber es gibt sie. Im Stab, der unter der Leitung von Herrn Platz sich jeden Tag um 15:00 Uhr trifft und die weiteren Festlegungen beratschlagt, sind die entsprechenden Ämter, Vermessungsamt, Ordnungsamt, Polizei, Wasserdirektion usw. vertreten. Wir haben das jeden Tag ordnungsgemäß gemacht und haben auch Festlegungen getroffen. Also die Hochwasserstufe II ist am 30. 3. ausgerufen worden, die Stufe III am 1. 4. und am 3. 4. die Stufe IV. Am 3. 4. habe ich auch selbst an der Beratung dann teilgenommen.

Wir haben an 4 Stellen Arbeiten durchführen müssen, an der Tribüne der Rennbahn, da sind auf einer Strecke von 100 m ungefähr 2000 Sandsäcke verbaut worden, am Werder in der Oststraße, 150 m 3000 Sandsäcke, im Handelshafen an einer Stelle, 300 m 4000 Sandsäcke und im Sieg, Schutz einer Zufahrtstraße, auch ungefähr 3000 Sandsäcke. Also insgesamt bis heute 12.000 Sandsäcke. Wir haben in unseren Lagern 800.000 Sandsäcke für den Fall der Fälle. Das sind die Werte, die wir uns nach 2002 zurechtgelegt haben, falls es wieder so schlimm kommt, wie es 2002 war. Also, wir sind auf die Situation sehr gut vorbereitet. Die Dimension zeigt, es gibt zwar Arbeiten, aber es gibt keine dramatischen Arbeiten, die wir machen müssen. Eingesetzte Kräfte, am 30. 3. 46 und am 4. 4. die höchste Zahl bisher 235. Insgesamt 741 Kräfte wurden für Abwehrmaßnahmen im Hochwasserbereich eingesetzt.

Wir haben in dem Bereich Elbweg eine ältere Frau am 4. 4., einen älteren Mann und zwei Erwachsene und zwei Kinder aus ihren Häusern auf eigenen Wunsch herausgeholt, wo das Wasser sozusagen schon am Hause stand. Diese Häuser, das wissen wir seit 2002, liegen fast im Überflutungsgebiet, wo das gar nicht vermeidbar ist. Da gibt es keine Dämme und da kann man das Wasser auch nicht von den Häusern durch irgendwelche Schutzmaßnahmen fernhalten. Man kann sich nur aus den Häusern wegbewegen. Andere Möglichkeiten gibt es dort nicht.

Dann haben wir die Bürgerhotline eingerichtet seit dem 4. 4. Da gab es am ersten Tag, wo die Werte etwas höher angesagt waren, 700 Anrufe bis 16:00 Uhr. Am nächsten Tag waren es 89 und heute bisher 21. Also, es ebbt langsam ab. Die Leute wissen jetzt Bescheid. Der Pegelhöchststand ist scheinbar erreicht. Der war bei 6,25, fällt wieder auf jetzt 6,21, dies war mein letzter Wert, den ich gelesen habe, sodass wir davon ausgehen können, es wird keine dramatischen Erhöhungen im Moment mehr geben. Was wir nicht voraussagen können, ist, wenn es jetzt in den nächsten 3 oder 4 Tagen im Gebirge wieder kräftig regnen sollte, dann kann nochmal eine Welle kommen. Das weiß heute keiner. Aber das, was wir jetzt sehen, was kommt, wird nicht mehr zu einem weiteren Anstieg führen.

Wir haben auch darauf hingewiesen, dass Deiche nicht betreten werden dürfen. Das sagen wir heute nochmal. Es soll schönes Wetter werden. Da kann man geneigt sein, die Deiche zu bewandern. Wer das machen möchte, kann das versuchen. Er wird dafür für die Stadtkasse für Einnahmen sorgen. Wir werden alle, die die Deiche betreten, mit einer Ordnungsstrafe belegen. Das ist nicht erlaubt, weil die Deiche jetzt über einen längeren Zeitraum enorm belastet werden. Jedes Betreten macht auf den Deichen keinen Sinn. Es schadet den Deichen wirklich extrem. Wir haben jetzt die dringende Bitte wirklich, auch bis Ostern diese Wanderwege nicht zu benutzen.

Noch zu einem Fall, der in der Zeitung eine Rolle gespielt hat. Überflutung im Bereich der Seilerwiesen. Da ist klar, bei 5,70 m steht sie unter Wasser. Diese Voraussage, ich sage es nochmal, stammt vom 29. 3., dass 5,70 m in Magdeburg erreicht werden sollen. Also auch das war vorhersehbar und nachvollziehbar, dass das in dieser Größenordnung in Magdeburg eintreten wird.

Wenn Sie sich die Sachen anschauen in der Stadt, dann sehen Sie, dass an manchen Bereichen es knapp darunter liegt, wir aber in der Vorbereitung jetzt soweit sind, dass wir genau sagen können, bei 5,30,40,50 muss wo was gemacht werden. Das ist alles vorbereitet, sodass wir auf weitere Anstiege, die in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten kommen würden, auch genaue Handlungsempfehlungen haben, wann muss man zu welcher Stelle zuerst gehen und welche Arbeiten erledigen und muss nicht jedesmal neue Messungen machen, weil wir das inzwischen wirklich geprüft haben und wissen, an welcher Stelle ist wann Handlungsbedarf für die Stadt. Im Großen und Ganzen müssen wir wirklich nochmal sagen, dass wir allen, die dazu beigetragen haben, in Magdeburg den Umflutkanal zu haben, nur nochmals danken können. Vor über 130 Jahren ist das geschehen. Wenn wir den nicht hätten, wäre es in Magdeburg heute ein arges Problem. Durch diese Maßnahme haben wir einen relativ guten Schutz. Aber gegen eine Katastrophe wie 2002 wird auch in Zukunft kein Kraut gewachsen sein, um alles zu verhindern. Das ist nicht machbar. Es wird immer Situationen geben, wo man in bestimmten Bereichen auch mit katastrophalen Situationen leben muss. Aber, ich sage es nochmal, wir sind in der Stadt gut vorbereitet, haben bisher gut gearbeitet und es gibt auch bisher relativ wenig Schäden, die uns bekannt sind. Natürlich ist vollkommen klar, die realen Schäden in Grünanlagen, Herr Klein, auf Ihren Antrag nochmal bezogen, das werden wir erst sehen, wenn das Wasser weg ist. Da wird es Schäden geben. Ganz klar. Im Stadtpark und im Herrenkrug sind die Wiesen unter Wasser. Das wird noch eine Woche so sein. Da wird es Schäden geben. Aber wir können die heute noch nicht beziffern, was wirklich also gemacht werden muss. Aber an Gebäuden ist zum Glück bisher, was wir 2002 hatten, Hotel, Sportanlagen nichts zu erwarten, weil die Deiche bisher stabil sind. Die sind ja alle neu gemacht worden und da droht im Moment, also ich habe bisher keine neuen Kenntnisse, aber auch kein Ungemach, dass wir irgendwas in den nächsten Stunden erwarten können. Es kann an uns vorbeigehen. Was in 14 Tagen ist, weiß ich nicht. Was im nächsten Jahr ist, weiß ich auch nicht. Aber die Werte, die ich vorher genannt habe, zeigen, es ist in den Jahrhunderten zuvor 5 bis 10 Mal vorgekommen und manchmal ist es eben in den Jahren knapp danach, 3, 4 Jahren wieder passiert und dann 60 Jahre gar nichts. Das weiß man eben heute nicht, was in den nächsten 50 Jahren in Magdeburg passiert.

Vorsitzender des Stadtrates Herr Ansorge:

Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister.

5.2. Schriftliche Anfrage (F0066/06) des Stadtrates Hildebrand, Fraktion Die Linkspartei.PDS

Trägerübergreifendes Persönliches Budget

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
durch die Schaffung eines trägerübergreifenden Persönlichen Budgets für behinderte und pflegebedürftige Menschen können Leistungen der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege nunmehr in Form von Geldzahlungen zur Verfügung gestellt werden.

Das Persönliche Budget kann u .a. für Eingliederungshilfe, z.B. ambulante Wohnunterstützung, Hilfen zur Mobilität und Freizeitgestaltung, persönliche Assistenz / Häusliche Pflege, Hilfsmittel für Hilfen beim Wohnen, Haushaltshilfe, Rehabilitationssport, Fahrkosten, Leistungen der Mobilen Sozialen Dienste, Arbeitsassistenz, Freizeitgestaltung oder Bildungsangebote verwendet werden

Behinderte und pflegebedürftige Menschen können dadurch eigenständig bestimmen, welche Dienstleistungen sie in welcher Form und von welchem Anbieter in Anspruch nehmen.

Zum 1.1.2008 besteht auf diese Leistung für alle behinderten Menschen ein Rechtsanspruch.

Zunächst soll aber diese neue Leistung bis zum 31.12.2007 im Rahmen von Modellprojekten bzw. Regionen erprobt werden.

Die Region Magdeburg gehört zu einer der Modellregionen in der Bundesrepublik Deutschland. Sozialminister Gerry Kley übergab am 23. März den ersten Bescheid in Sachsen-Anhalt für ein Persönliches Budget im Saalkreis.

Ich frage den Oberbürgermeister:

Wie viel persönliche Budgets wurden bis heute in Magdeburg beantragt?

1. Wie ist der organisatorisch-technische Ablauf des Prozesses der Bewilligung von Persönlichen Budgets in der Landeshauptstadt Magdeburg?
2. Welche Kompetenzen hat die Stadt als herangezogene Gebietskörperschaft im Zusammenhang bei der Beantragung, Bewilligung und Begleitung von persönlichen Budgets? Welche Probleme und Möglichkeiten sehen Sie bei der Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten für Menschen mit Behinderung?
3. Inwieweit nimmt das zuständige Amt die Rolle eines Ansprechpartners für das trägerübergreifende Persönliche Budget wahr und wie funktioniert die Zusammenarbeit mit den anderen Leistungsträgern (z. B. Renten – und Pflegekassen)?
4. Wie sind die zuständigen bzw. mit der Bearbeitung beauftragten Mitarbeiterinnen des Sozialamtes bzw. weiterer Ämter und Einrichtungen im städtischen Verantwortungsbereich darauf vorbereitet, betroffenen Bürgerinnen und Bürgern Unterstützung bei der Fachberatung und Beantragung des Persönlichen Budgets zu geben?
5. Inwieweit und in welcher Qualität nimmt die Stadt Magdeburg Einfluss auf die Entwicklung einer bedarfsgerechten Angebotsstruktur entsprechender Dienstleistungen z.B. Wohnangebote, Tagesbetreuung, Haushaltshilfen etc.?

Ich bitte um eine kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung.

Antwort der komm. Amtsleiterin 50 Frau Borris, in Vertretung der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit:

Es ist derzeit so, dass wir 4 Anträge auf ein persönliches Budget in der Stadt Magdeburg als Modellregion gehabt haben, von denen einer zurückgezogen wurde und einer entsprechend durch Pflegesatzerhöhung als Mehrbedarf gedeckt werden musste. Es sind also zwei Anträge in der Bearbeitung. Es gestaltet sich sehr schleppend, weil der Hilfebedarf im Rahmen der Beteiligung des Rehabilitationspädagogischen Fachdienstes ermittelt wird. Das heißt, das Land hat hier eine große Rolle an der Entscheidungsfindung zu den einzelnen Fällen und auch das Land ist diejenige Institution, die die Planung vorbereiten muss. Wir haben das Land schon gebeten, in diese strukturelle Planung mit einbezogen zu werden, aber die Haltung des Landes ist da sehr restriktiv. Rechtliche Grundlage für die Fragestellung, bezüglich Persönliches Budget Ausführung, ist das AG SGB XII. Das heißt, wir sind hier an die Ausführungsbestimmungen des Landes gebunden als auch an die Arbeitshinweise des Landes. Also der Spielraum für die Stadt, hier selbstregelnd tätig zu werden, ist sehr gering.

Hinweis des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge:

Vielen Dank. Die umfangreichen Fragen werden dann schriftlich beantwortet.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

5.3. Schriftliche Anfrage (F0076/06) des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion

Zustand Alte Elbe

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

in der letzten Sitzung des Verwaltungsausschusses haben die Stadträte die Information erhalten, dass die Studie zum Zustand der Alten Elbe in den zuständigen Verwaltungsgremien diskutiert wird.

Meine Anfrage zum Vorstellen der Ergebnisse der Studie in einer Bürgerversammlung in Cracau konnte nicht abschließend beantwortet werden.

Ich frage deshalb nochmals an, ob es geplant ist, zu diesem Thema eine Bürgerversammlung durchzuführen ?

Kann bereits ein Termin einer eventuellen Bürgerversammlung benannt werden?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitten wir um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Zunächst mal zu dem Thema, ich habe ja eben darüber referiert. Und ich würde auch wirklich alle bitten, mit dem Thema Hochwasser in der jetzigen Situation und auch darüber hinaus nicht damit zu spielen, Bürgern Angst zu machen. Das will ich Herrn Stern hier nicht unterstellen, das ist nicht meine Botschaft. Ich will das mal ganz klar sagen, man muss sachgerecht informieren. Und das Thema Alte Elbe ist seit 2 oder 3 Jahren immer wieder Thema. In der Alten Elbe, unter dem Umflutkanal, sind Sträucher, Bäume und anderes Ungemach. Das gehört da nicht hin. Das sind Hochwasserbereiche, da gehören Sträucher und Bäume nicht hin. Jetzt haben wir darauf als Stadt mehrfach hingewiesen, und Sie wissen, ich sage es jetzt trotzdem nochmal, die Zuständigkeit für diese Wasserstraßen hat der LHW in Sachsen-Anhalt. Und dieser hat ein Gutachten in Auftrag gegeben bei der Uni Dresden. Und dieses Gutachten wurde leider erst von der Landesregierung, der Staatssekretärskonferenz im Dezember oder Januar beschlossen. Jetzt gibt es eine Zwischeninformation des Gutachtens und darüber muss der LHW informieren. Wir werden ihm die Gelegenheit geben, darüber zu informieren, wenn er die endgültigen Ergebnisse hat. Das werden wir tun. Aber darüber haben wir Sie ja gerade informiert am Freitag. Ich glaube, im Moment sieht man das auch an der Alten Elbe und dem Umflutkanal, dass ein dramatischer Anstieg oder ein Stau dadurch im Moment nicht entsteht. Kein Grund zur Panik, aber es kann möglicherweise durch Maßnahmen noch besser werden, indem man dort bestimmte Bäume und Pflanzen aus dem Wasserlauf entfernt. Das kann das Ergebnis sein. Ich weiß es aber heute noch nicht. Wir werden aber darüber ausreichend die Bürger informieren und sollten aber heute das Signal senden, es ist kein Grund zur Panik.

Hinweis des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge:

Gut, vielen Dank. Damit ist die Frage erst einmal beantwortet.

5.4. Schriftliche Anfrage (F0075/06) des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion

Sachstand Bebauungsplanverfahren

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

durch das Europarechtsanpassungsgesetz Bau vom 24.06.2004 wurde das Baugesetzbuch dahingehend verändert, dass für alle Bauleitpläne (mit Ausnahme der vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB) eine Umweltprüfung durchzuführen ist.

Alle Bebauungsplanverfahren, die vor Änderung des BauGB auf Grund des EU-Rechts begonnen worden sind und nicht bis zum 20.07.2006 ihren Abschluss gefunden haben, müssen komplett wiederholt werden.

Die damit verbundenen Aufwendungen dürften für die Landeshauptstadt nicht von geringer Höhe sein.

Daher stellen wir folgende Fragen:

Wie viele Bebauungsplanverfahren wären von dem möglichen Fristablauf betroffen bzw. müssten dann komplett wiederholt werden?

Werden aus Sicht der Stadtverwaltung alle Bebauungsplanverfahren rechtzeitig abgeschlossen werden?

Wenn nein, aus welchen Gründen kann dies nicht erfolgen?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitten wir um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky:

Ich will nur sagen, ich kenne das Schreiben nicht, Herr Stern, was Sie an Fachbereich 62 geschrieben haben, aber Sie werden sicher bemerkt haben, dass wir seit längerer Zeit darauf hinarbeiten, dass ab 20. 7. ohne Umweltprüfungen B-Pläne nicht mehr genehmigt werden können und eine ganze Reihe im Verfahren haben, die wir auch von uns aus wichtig eingestuft haben, z. B. ZENIT usw., die wir nach altem Recht abschließen wollen, um keine zeitlichen Verzögerungen zuzulassen. Wir arbeiten daran und würden dann nochmal informieren im Bereich.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

5.5. Schriftliche anfrage (F0062/06) Stadtrat Danicke, SPD-Fraktion

Einsturzgefährdung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

laut Bericht der Volksstimme sind vor ca. 2 Wochen in der Schönebecker Strasse große Putzstücke aus der Fassade einer ehemaligen Werkhalle herausgebrochen. Die herabfallenden Stücke haben einen Jugendlichen getroffen und ihn verletzt.

Zur Sicherung der Unfallstelle wurde die Schönebecker Straße kurzfristig voll gesperrt. Später erfolgte eine Sperrung des Fußwegs und der Fahrbahn auf der Unfallseite.

Daraus ergeben sich für mich folgende Fragen:

1. Welche Kosten verursachte der Einsatz? Wer übernahm diese? Gibt es Gespräche darüber mit dem Eigentümer bzw. Verwalter des Objekts?

2. In der Stellungnahme zur Anfrage F0025/05 der SPD-Fraktion war die Erstellung eines Katasters für einsturzgefährdete Häuser zugesagt worden. Ist das Gebäude in diesem Kataster aufgeführt? Gab es daraus resultierend Sicherungs- oder andere Maßnahmen?
3. Wie sind in Zukunft solche Gefährdungen auszuschließen?
4. Gibt es Informationen darüber, ob die Staatsanwaltschaft wegen der Verletzungen des Jugendlichen Ermittlungen dazu aufgenommen hat?

Ich bitte um die Beantwortung der Fragen gemäß § 8 der Geschäftsordnung.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky:

Vielleicht so viel zu der Reihenfolge Ihrer Anfragen. Kosten sind für die Stadt nicht festgestellt worden. Der Eigentümer konnte festgestellt werden. Es ist die Bundeseigene Vermögensgesellschaft MDSE. Das wird auch den Feuerwehreinsatz betreffen. Auch der dortige Einsatz wird gegenüber MDSE berechnet. Wir haben, das war ja schon mal Gegenstand im Stadtrat, eine Erfassung im Bauordnungsamt für einsturzgefährdete Objekte vorgenommen. Diese werden auch kontinuierlich geprüft. Dieses Objekt gehört nicht dazu. Aber, wie Sie schon richtig feststellen, hier ist die Ursache der Putz. Wir werden den Eigentümer nochmals entsprechend auffordern, seinen Pflichten als Eigentümer nachzukommen und den Putz in Ordnung zu bringen, sobald es in irgend einer Weise möglich ist.

Was mit dem jungen Mann passiert ist, kann ich nicht beantworten, weil die Anzeigen sich gegen den Eigentümer richten und nicht gegen die Stadt.

Hinweis des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge:

Gut, vielen Dank, Herr Kaleschky. Fragen beantwortet.

5.6. Schriftliche Anfrage (F0068/06) Stadtrat Dr. Schmidt, FDP-Fraktion

Verkehrslärm Lübecker Privatweg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Mit dem Bau des Magdeburger Ringes sind viele Straßen unterbrochen bzw. überbrückt worden, was zu längeren Wegen für einige Bürger geführt hat. Nach 1990 kam ein neues Problem hinzu, der massiv angestiegene Verkehrslärm. Mit diesem Problem leben die Anwohner am Lübecker Privatweg nun schon seit mehr als einem Jahrzehnt. Das Problem ist in der Verwaltung seit langem bekannt.

Aus der Gesundheitsforschung ist bekannt, dass Lärm einer der Hauptfaktoren für Erkrankungen unter anderem des Herz-Kreislauf-Systems ist. Den Bürgern sollte deshalb endlich geholfen werden, um gesundheitliche Nachteile von ihnen abzuwenden.

Ich bitte um eine kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung meiner nachstehenden Fragen:

1. Wie lange sollen die Bürger am Lübecker Privatweg noch diesen Lärm ertragen?
2. Wann sieht die vorliegende Planung die Realisierung der Lärmschutzmaßnahme vor?
3. Gibt es eine Lösung, ohne eine aufwendige Verbreiterung der Brücke?

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky:

Ich dachte, das eigentlich mein Kollege Platz erst einmal mit der Beantwortung beginnt, aber ich kann das dann im Komplex machen, weil Herr Platz wegen dem Hochwasser weg musste. Es handelt sich bei dieser Maßnahme um eine Lärmsanierung. Lärmsanierung ist eine Frage des Umweltrechtes. Sie haben das bereits schon zum Ausdruck gebracht. Das Umweltamt und das Tiefbauamt arbeiten auch hier kooperativ zusammen. Die Situation gegenwärtig ist so, um mal gleich auf den Punkt zu kommen, es gibt eine Entwurfsplanung, die vom Umweltamt beauftragt, vom Tiefbauamt begleitet worden ist, Büro Mildner erstellt hat, daraus ergibt sich ein Kostenansatz für die Gesamtmaßnahme, von ca. 140.000 Euro. Davon sind ca. 95.000 Euro die reine Lärmschutzwand und der andere Anteil ist die Brücke. Das heißt, die Ertüchtigung der Brücke sind ca. 42.000 Euro. Diese Ertüchtigung ist aber notwendig, um die Lärmschutzwand aufzubringen. Wir sind, wie gesagt, mit der Entwurfsplanung fertig. Jetzt wird vom Umweltamt der Antrag auf Förderung für die Lärmschutzwand gestellt. Wenn der Förderantrag vorliegt, wird es ein gemeinsames Projekt geben, Lärmschutzwand und Sanierung der Brücke. Sobald der Fördermittelantrag bewilligt wurde, werden wir über die Komplementärfinanzierung im FG beraten. Ansonsten müssen wir es im Haushalt 2007 dann entsprechend berücksichtigen. So ist der Stand der Dinge. Es muss keine Verbreiterung der Brücke vorgenommen werden, sondern nur eine Sanierung der Kappen, wie gesagt, für ca. 42.000 Euro. Dies ist aber unbedingt notwendig. Es ist immerhin eine Wand, die höher als 4 m sein muss. Ich hoffe, dass ich die anderen Anfragen gleich mit beantwortet habe.

Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge:

Frage beantwortet, ja, Herr Dr. Schmidt? Oder wünschen Sie noch eine schriftliche Beantwortung oder ist Ihre Frage beantwortet?

Antwort des Stadtrates Dr. Schmidt (FDP-Fraktion):

Danke, es reicht.

5.7. Schriftliche Anfrage (F0069/06) Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Baumfällaktionen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

vor gut zwei Jahren brachte unsere Fraktion einen Antrag in den Stadtrat ein, der die Überarbeitung der Baumschutzsatzung vorsah mit dem Ziel, das Verfahren zur Genehmigung bzw. Veranlassung von Fällungen transparenter zu gestalten. Dieser Antrag fand allerdings nach Beratung in den zuständigen Fachausschüssen keine Mehrheit im Stadtrat.

Dennoch informiert die Verwaltung immer häufiger die Öffentlichkeit über geplante Baumfällungen in der Stadt, wie jüngst über Fällungen im Glacis, auf dem Wall an der Maybachstraße, südöstlich der Brücke über den Magdeburger Ring.

Allerdings wird diese erfreuliche Verfahrensweise noch nicht durchgängig angewandt, wie z.B. bei geplanten städtischen Baumaßnahmen. Eine einheitliche, verbindliche Verfahrensweise zur Öffentlichmachung von Baumfällungen im Vorfeld ist bislang nicht zu erkennen.

Wir fragen deshalb an:

1. Welche Bäume am Ambrosiusplatz sollten nach der Absprache der Stadtverwaltung mit der GWA Sudenburg/Lemsdorf stehen bleiben ? Wurde dann auch der Absprache entsprechend gehandelt ?
2. Aus welchem Grund wurden die Bäume an der westlichen Elbuferpromenade, nördlich der Hubbrücke gefällt ? Lag hierfür eine Genehmigung vor ?
3. Wie kann zukünftig sichergestellt werden, dass die Öffentlichkeit rechtzeitig über alle vorgesehenen und genehmigten Baumfällungen informiert wird ?

Wir bitten um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung der Anfragen.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky:

Bei der letzten Beratung der Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit zum Ambrosiusplatz wurde vorgeschlagen und festgelegt, zwei Bäume zusätzlich zu erhalten. Das ist ein Wallnussbaum an der Nordwestecke des Platzes und es ist eine dreistämmige Robinie. Der Wallnussbaum wird erhalten. Bei der dreistämmigen Robinie, wurde durch den Stadtgartenbetrieb festgestellt, dass die Standsicherheit nicht mehr gegeben ist. Aus diesem Grunde musste die Robinie entfernt werden. Bevor sie entfernt wurde, wurden die Teilnehmer der Beratung vom 10. Januar der Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit informiert. Insofern nehme ich meine Mitarbeiter in Schutz. Ich persönlich hätte mir allerdings mehr Feeling von den Mitarbeitern, von den Planern und auch von den Ausführenden gewünscht, weil neben diesen Baumdiskussionen noch eine ganze Reihe von anderen Dingen hier stattgefunden hatten. Da ist der Wacholder so beschnitten worden, dass er nicht mehr austreibt und musste auch herausgenommen werden usw. Das heißt, am Ambrosiusplatz sind einige Dinge nicht so gelaufen, wie ich mir das gewünscht hätte.

Zu der zweiten Frage, Bäume westlich der Elbuferpromenade. Das sind Bäume, wo wir in diesem Bereich noch eine Ufersicherung vornehmen wollen. Das resultiert noch aus dem vorherigen Hochwasser. Dazu wurden die Bäume dort gefällt. Es wurde auch zum Teil Strauchwerk weggenommen, was allerdings dann auch im Zusammenhang steht mit der Fußgängerbrücke, die da errichtet werden soll. Aber die Bäume stehen im Zusammenhang mit der Ufersicherung, wozu es 100 Prozent Fördermittel gibt vom Land und in diesem Jahr noch zu realisieren ist.

Zu der Frage Öffentlichkeitsarbeit. Sie haben einige Dinge positiv erwähnt, Herr Giefers, die ja auch zum Teil bauliche Maßnahmen der Stadt sind. Ich werde in meinem Verantwortungsbereich auf jeden Fall nochmal durchstellen, dass derjenige, der die Genehmigung in Anspruch nimmt, auch die entsprechende Öffentlichkeitsarbeit betreibt. Also genehmigt waren die Fällungen alle. Das muss ich dazu sagen.

Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge:

Die Frage ist damit beantwortet.

5.8. Schriftliche Anfrage (F0060/06) Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion BfM/Tierschutz

Kongresse in Magdeburg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in jüngster Zeit hatte ich mich redlich bemüht, einen Bundeskongress der Tierärzte nach Magdeburg zu bekommen.

Zu meinem großen Bedauern ist dieses Vorhaben nicht gelungen, da es in unserer Landeshauptstadt an geeigneten Räumlichkeiten dazu mangelt.

Für derartige Kongresse mit hoher Teilnehmerzahl stehen zwar genügend Hotelkapazitäten, nicht jedoch ausreichend Räumlichkeiten für Koloquien und Seminare sowie Ausstellungsflächen in räumlicher Nähe zur Verfügung.

Wir sprechen zwar oft von der „Kongress - Stadt Magdeburg“, aber können wir diesen Anspruch tatsächlich erheben?

Wir fragen deshalb:

Gibt es eine Übersicht über bereits statt gefundene Kongresse überregionalen Charakters mit sehr hoher Teilnehmerzahl und internationaler Beteiligung, die zur Verfügung gestellt werden kann?

Gab es bereits Anfragen, die aus den oben genannten Gründen nicht realisierbar gewesen sind?

Welche perspektivischen Möglichkeiten werden gesehen, um die Durchführung ähnlicher Großveranstaltungen in Zukunft durchführen zu können?

Wir bitten um eine kurze mündliche, im Nachgang ausführliche schriftliche Beantwortung.

Antwort des Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herrn Dr. Puchta:

Wir haben uns über das Problem schon des Öfteren verständigt. Wenn Sie darauf anspielen, dass wir etwas nicht haben, was bedeutet, ein Hotel, ein Kongressgebäude und ein Ausstellungsgelände zusammen, ich denke jetzt beispielsweise an die Westfalenhalle in Dortmund, dann ist das in der Tat richtig. Das schließt aber nicht aus, das wir in der Lage sind, Kongresse durchzuführen und dass wir auch eine Kongressstadt sind. Ich übergebe Ihnen gerne und das liegt mir hier vor und die würde ich in die Stellungnahme mit hineinnehmen, eine Zusammenfassung der Veranstaltungen, die in den letzten Jahren waren. Da ist der Tierärztekongress mit 3.200 Teilnehmern mit Abstand der größte. Das ist in der Tat so. Die Kongresse, die wir durchführen, liegen in der Regel bei 1000 Teilnehmern. Dafür bietet Magdeburg eine ganz hervorragende Voraussetzung. Ich habe mir mal die Möglichkeiten auflisten lassen, wo ich die unterbringen kann. Ich kann in der Bördelandhalle 4.500 Leute bei Bestuhlung hineinbringen. Ich kann in die Messehallen je Halle 2.300 Teilnehmer einbringen. Das heißt also, dort habe ich auch die Chance, 4.600 Leute unterzubringen. Die Stadthalle kriegt 2.300 Personen unter. Und das Büro- und Tagungscenter in der Rogätzer Straße kann 1.800 Leute unterbringen. Und wenn wir das Maritim nehmen als Kongresshotel, ist das das größte Hotel Sachsen-Anhalts, was diese Dinge vorhält. Wir haben dort immerhin 1000 Betten, die wir im Hotel haben. Aber da geht es ja auch um Flächen. Wenn ich alle Räume zusammennehme im Maritim, kriege ich über 5.000 Personen unter. Der Ärztekongress wird durchgeführt. Wir rechnen da mit 1000 Teilnehmern. Und insofern, ich denke, von den Voraussetzungen her ist der Anspruch, den wir haben, Magdeburg als Kongressstadt, durchaus berechtigt. Es liegt uns, jedenfalls, ich habe alle Beteiligten nachgefragt, insbesondere auch die MMKT, keine Anfrage vor, wo wir sagen, die sind wieder weggegangen, weil sie hier ihren Kongress nicht durchführen konnten. Der Aufsichtsrat hat jetzt gerade die strategische Marketingplanung der MMKT, bei der ja gerade das Kongresswesen einen ganz entscheidenden Teil beinhaltet, beschlossen, die MMKT ist im Germanconventionbüro drin, das ist das Pendant zur Deutschen Tourismuszentrale. Dort gibt es eine enge Zusammenarbeit zwischen der Stadt Halle, der Stadt Dessau und der Stadt Magdeburg beim Thema Marketing für Kongresse in Mitteldeutschland. Mit diesen Standorten parallel kann man natürlich weitaus besser auftreten, sodass ich also durchaus der Auffassung bin, dass wir beim Thema Kongresse ganz vernünftig aufgestellt sind.

Hinweis des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge:

Vielen Dank, Herr Dr. Puchta. Schriftlich wollten Sie ja dazu noch eine Anlage reichen.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

5.9. Schriftliche Anfrage (F0064/06) Stadtrat Zentgraf, Fraktion Die Linkspartei.PDS

Antwort zur F0027/06 – Bördelandhalle

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

vor dem Hintergrund der Verpachtung der Bördelandhalle wurde ich durch Mitglieder des Aufsichtsrates der MVGM GmbH auf mögliche persönliche Konsequenzen hingewiesen. Grundlage hierfür soll ein nur den Aufsichtsratsmitgliedern zugängliches „Rechtsgutachten“ sein. Zur Absicherung meiner Entscheidung hinsichtlich einer ggf. anstehenden Verpachtung der Bördelandhalle bat ich mit der Anfrage **0027/06 vom Februar 06** die Verwaltung um eine Stellungnahme. Diese liegt mir bis heute nicht vor. Die Verpachtung ist zwar verschoben. Bei der Brisanz der Thematik hatte ich aber eigentlich eine unverzügliche Antwort erwartet.

Angesichts des Fehlens derselben auch noch heute frage ich den Oberbürgermeister:

Welche Gründe hinderten bisher die Verwaltung an einer unverzüglichen Antwort?
Wann erhalte ich sie?

Ich bitte um eine kurze mündliche und eine ausführlichere schriftliche Beantwortung.
Für den Eingang Ihrer schriftlichen Antwort habe ich mir den 11. April 06 notiert.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Ich bin bisher davon ausgegangen, dass ich am 12. Januar war das, glaube ich, in der Stadtratssitzung eigentlich alles beantwortet hatte. Weil ich da zum Ausdruck gebracht hatte, dass ein Stadtrat in einem Aufsichtsrat entscheiden muss für den Aufsichtsrat. Und wenn er den Bedarf hat zu sagen, ich mache für meine Gesellschaft mit meinem Beschluss Schaden, darf er es nicht entscheiden. Und das Zweite war, was ich gesagt hatte, wir werden alles tun in der Vertragskonstruktion, dass das nicht eintritt, dass die Gesellschaft keine Schlechterstellung erfährt, vor oder nach der Verpachtung der Bördelandhalle. Also die Stadträte und Herr Seiffert hat mir das nochmal persönlich gesagt, das er sich jetzt wieder freier fühlt, dass mit der Aussage hier das eigentlich vom Tisch war, dass man Angst haben muss, eine falsche Entscheidung zu treffen. Und das Gutachten, was Sie meinen, war eine Stellungnahme meines Wissens von einem Rechtsanwaltsbüro für den Aufsichtsrat der MVGM. Das haben die alle bekommen. Davon gehe ich mal aus. Frau Meinecke nickt. Wenn Sie das meinen, das können Sie von Frau Meinecke bekommen und sich durchlesen. Da steht drin, was ich eben gesagt hatte, man darf nur Entscheidungen treffen im Sinne der Gesellschaft und darf die Gesellschaft nicht offensichtlich, wissentlich zu Schaden führen.

Nachfrage des Stadtrates Herrn Zentgraf (Die Linkspartei.PDS):

Wenn Sie jetzt Frau Meinecke zitieren, das habe ich gefragt. Da hat mir Frau Meinecke gesagt, das steht nur den Aufsichtsräten und sonst niemandem zu. Und das war der Auslöser, die Frage hier zu stellen. Wenn ich als Aufsichtsrat oder als Stadtrat in rechtliche Haftung gestellt werde,

dann muss man mir erlauben, auch diese Frage öffentlich zu stellen. Ich nehme das aber gern zur Kenntnis.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Kommen Sie morgen zu mir, dann können Sie das alles lesen.

5.10. Schriftliche Anfrage (F0065/06) Stadtrat Zentgraf, Fraktion Die Linkspartei.PDS

Ausbau des Betriebshofes des Städtischen Abfallbetriebes

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

dem Ausschuss für Stadtentwicklung Bauen und Verkehr wurde seitens der Verwaltung eine Vorlage bezüglich der Erweiterung des Betriebshofes des Städtischen Abfallbetriebes vorgestellt. Nach dieser Vorlage ist beabsichtigt den Betriebshof vom Marschweg bis an die Rothenseer Straße auszudehnen und auch die Ein- und Ausfahrt an diese Straße zu verlegen. Die vorgenannte Entwicklung steht der auch mit der Verlegung des Tierheimes gewollten Wohnwertverbesserung extrem entgegen.

Aus gegebenen Anlass frage ich Sie daher:

1. Hat die Verwaltung die einmal unter dem Gesichtspunkt der Stadtentwicklung in diesem Bereich vorgesehene Umsiedlung von Gewerbeeinrichtungen aufgegeben?
2. Welche Auswirkungen hat die Erweiterung des Betriebshofes, die bis in die Nachbarschaft des Tierheimes geht, auf den Grundlärmpiegel in der Rothenseer Straße?
3. Wird die mit der beabsichtigten Verlegung des Tierheimes gewollte Lärminderung mit der Verlegung der Zu- und Abfahrt in die Rothenseer Straße wieder hinfällig?

Ich bitte um eine kurze mündliche und eine ausführlichere schriftliche Beantwortung. Für den Eingang Ihrer schriftlichen Antwort habe ich mir den 28. April 06 notiert.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky:

Es gibt gegenwärtig ein Verfahren, zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes. Ich möchte auf die Frage 1 verweisen. Die Flächen, auf denen sich gegenwärtig der Abfallwirtschaftsbetrieb befindet, sind im Flächennutzungsplan als Flächen für Ver- und Entsorgung und Abfallentsorgung ausgewiesen. Die Flächen, die jetzt zusätzlich in Anspruch genommen werden, sind als Mischgebiet ausgewiesen. Das heißt also, es ist durchaus möglich, dass man diese Dinge miteinander kompensiert. Aber die Auswirkungen des Betriebshofes auf die Nachbarschaft des Tierheimes sind in diesem Verfahren zu klären. Und

wenn das nicht möglich ist, muss man andere Überlegungen anstellen. Das gleiche trifft für die Aus- und Zufahrt zu. Dort gibt es ja auch im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr einen Antrag, der auch entsprechend angenommen worden ist, die Ausfahrt in Richtung Ohrestraße zu belassen. Und ich kann mir vorstellen, dass im weiteren Verfahren in dieser Richtung auch eine Entscheidung getroffen wird, wobei man allerdings bedenken muss, dass gegenwärtig eine Ausfahrt über die Curiestraße in Richtung Rothenseer Straße wegen des Zustandes nicht möglich ist.

Hinweis des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge:

Alle beiden Fragen erschöpfend beantwortet? Ja. Zur F0065/06 kommt noch eine schriftliche Antwort.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

5.11. Schriftliche Anfrage (F0073/06) Stadtrat Heendorf, CDU-Fraktion

Ausgleich der Kürzungen beim Personal des theaters magdeburg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

beim theater magdeburg wurden durch den Abschluss der Haustarifverträge in erheblichem Umfang Personalmittel eingespart. Begründet wurden die damaligen Abschlüsse durch das erwartete Defizit bei dieser Kultureinrichtung. Gemäß des vorläufigen Jahresabschlusses für das Jahr 2005 fiel das Defizit, erfreulicherweise, geringer aus als geplant. Da das beim theater magdeburg beschäftigte Personal durch die Haustarifverträge und die damit verbundenen Kürzungen zu dieser Tatsache erheblich beigetragen hat, sollte dieses auch von dem verbesserten Ergebnis profitieren.

Daher stelle ich folgende Frage:

Wie und in welchem Umfang sollen die Verluste des vom Haustarifvertrag betroffenen Personals für das Jahr 2005 ausgeglichen werden?

Sollte kein Ausgleich geplant sein, bitte ich um die Beantwortung der folgenden Frage:

Womit begründet die Stadtverwaltung die Verweigerung eines finanziellen Ausgleichs für das betroffene Personal?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

5.13. Schriftliche Anfrage (F0070/06) Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion

Überschuss theater magdeburg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

unbestätigten Informationen zufolge hat das theater magdeburg 2005 einen Überschuss erzielt, der in etwa der Summe entspricht, die die Einsparungen durch den Haustarifvertrag umfassen.

Ich frage und bitte um eine kurze mündliche und ausführliche Stellungnahme.

1. Sind diese Informationen zutreffend?
2. Wenn ja, wie wurde der Überschuss erzielt?
3. Welchen Jahresabschluss hätte des theaters magdeburg ohne den Abschluss der Haustarifverträge erzielt?

Welcher Verwendung wird der Überschuss zugeführt?

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Dazu gibt es noch eine zweite Anfrage von Frau Paqué, die kann ich gleich noch mit beantworten. Sie haben richtig gesagt, Herr Heendorf, es gibt eine Information mit der Nr. 96. Es gibt eine offizielle Information. Es ist kein Gerücht. Da ist alles drin, was Sie fragen wollen oder gefragt haben. Es ist Fakt, dass das Theater im Jahre 2005 815.000 Euro Überschuss erwirtschaftet hat. Das ist Fakt. Die Zahlen weisen das so aus. Zuerst mal aus meiner Sicht, äußerst erfreulich. Denn bisher hatten wir mehrere Jahre, 2004 und 2003, wo das Theater Minus gemacht hat und wir gestritten haben, was machen wir mit dem Theater, wenn sie Minus gemacht haben. Wenn man das mal addiert die drei Jahre, dann kann man sagen, das Theater, wäre die erste Botschaft von mir, hat seine Minusbeträge aus den Jahren 2004 und 2003 abgearbeitet. Und darum haben wir auch eine Entscheidung getroffen, nicht deshalb, aber unter anderem deshalb eine Entscheidung getroffen, dass das Geld nicht beim Theater verbleibt, sondern das Geld wird in den Gesamthaushalt eingenommen. Das müssen wir tun als Stadt, solange wir keinen Haushaltsausgleich haben. Ich will das auch kurz erklären. Es wäre ja absurd, wenn wir Kassenkredite aufnehmen und dafür Geld irgendwo deponieren. Das ist nicht zulässig. Solange wir keinen Ausgleich haben, können wir keine Budgetüberschüsse übertragen. Oder es gibt extreme Begründungen, wo man dieses Recht aushebeln kann. Diese sehe ich nicht. Man muss hier die Entscheidung treffen, dass das Geld nicht übertragen wird, was ich gerne gemacht hätte, aber nicht machen darf. Das ist rechtlich geprüft worden von zwei Bereichen. Und darum ist die Entscheidung so getroffen.

Die Auszahlung der Mittel, was Sie gefragt haben, an die Mitarbeiter. Da gibt es keine Rechtsgrundlage. Es gibt einen Tarifvertrag, der weist das aus, der Haustarifvertrag und der hat auch Klauseln drin, dass man darüber reden muss, wenn das so nicht eintritt. Die ersten Gespräche haben gestern stattgefunden. Es wird weitere geben. Ob das Konsequenzen hat für die Jahre 2006 und 2007, vermag ich im Moment nicht zu sagen. Kann aber sein. Aber für 2005 definitiv nicht. Es gibt für das Auszahlen auch im Tarifvertrag keine Rechtsgrundlage, Geld im Nachgang auszuzahlen. Also von daher ist das so entschieden worden. Aber ich sage es nochmal, zuerst sehe ich es positiv und ich sehe es auch in der Gesamtheit so, dass damit die Verluste jetzt abgetragen

sind, die das Theater zwei Jahre lang eingefahren hat. Und hat auch keiner den Antrag gestellt, in den Jahren zuvor, dass die Mitarbeiter das Defizit tragen wollten. Das ist bei mir nicht angekommen sodass andersherum auch mal die Frage erlaubt sein muss, warum kommt denn jetzt die Frage, das zu machen. Vorher kam die auch nie. Wir haben als Stadt 2 Millionen weniger ausgegeben als geplant. Wobei der Plan schon schrecklich ist, weil wir ja Minusplanung haben. Wir haben aber 2,5 Millionen weniger ausgegeben. Da könnten wir ja auch auf die Idee kommen und sagen, wir zahlen den Mitarbeitern mehr Geld. Da kommt aber keiner auf die Idee. Weil wir auch in der Stadterwaltung Beamte haben, die bekommen kein Weihnachtsgeld, kein Urlaubsgeld, seit Jahren schon nicht mehr. Und wir haben über 1000 Mitarbeiter, die freiwillig auf Geld verzichten. Auch die bekommen nicht im Nachgang mehr Geld, weil wir Plus gemacht haben. Also von daher ist dafür bei Ausschüttung von Geld kein Spielraum. Rechtlich nicht und auch finanziell nicht. Aber es zeigt, dass man im Theater auf einem sehr guten Weg ist, vernünftig haushalten kann und auch gutes Theater dabei machen kann. Und von daher unterstütze ich das ausdrücklich, dass das Theater jetzt wirklich mal auf die Bahn gekommen ist. Um zu zeigen, dass man in Magdeburg hervorragendes Theater machen kann und dabei auch noch wirtschaftlich arbeiten kann.

5.12. Schriftliche Anfrage (F0074/06) Stadtrat Heendorf, CDU-Fraktion

Marketingaktion des theaters magdeburg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

durch das theater magdeburg wird derzeit eine große Marketingaktion durchgeführt, die mit der eigentlichen künstlerischen Arbeit dieser Einrichtung in keinem direkten Zusammenhang steht.

Daher stelle ich folgende Fragen:

In welchem Umfang sind die Theaterwerkstätten für Projekte tätig, die nicht in direktem Zusammenhang mit dem künstlerischen Schaffen oder der Werterhaltung bzw. Instandsetzung der Gebäude des theaters magdeburg oder anderer städtischer Kultureinrichtungen stehen?

Welche Kosten entstehen für das theater magdeburg für Projekte, die keinen Bezug zu den eigentlichen Aufgaben dieser Einrichtung haben?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Nachfrage des Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Herrn Dr. Koch:

Herr Stadtrat Heendorf, meinen Sie bei der Marketingaktion die Positionierung des Theaters zu Cragg?

Antwort des Stadtrates Herrn Heendorf (CDU-Fraktion):

Das ist richtig.

Antwort des Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Herrn Dr. Koch:

Ich hätte, wenn das Theater sich nicht positionieren würde, wie auch immer, bei einer Kunstaktion, die unmittelbar vor dem Opernhaus stattfindet, eine Anfrage eigentlich aus dem Stadtrat erwartet, weshalb das Theater autistisch ist und sich nicht zu Kunst unmittelbar vor dem Opernhaus verhält.

Nachfrage des Stadtrates Herrn Heendorf (CDU-Fraktion):

Herr Dr. Koch, mir geht es darum, das Theater fördert mit öffentlichen Mitteln zurzeit eine privatrechtliche Veranstaltung. Das ist die Anfrage.

Nachfrage des Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Herrn Dr. Koch:

Eine privatrechtliche. Welche privatrechtliche?

Antwort des Stadtrates Herrn Heendorf (CDU-Fraktion):

Die Schaffung eines Kunstwerkes durch einen Künstler, der rein privatrechtlich tätig ist bzw. privatwirtschaftlich tätig ist.

Antwort des Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Herrn Dr. Koch:

Er ist noch gar nicht tätig. Er ist tätig geworden im Sinne des Stadtrates. Hat ein Modell vorgelegt. Insoweit ist er tätig geworden. Und ich denke, es ist die normalste Angelegenheit der Welt, wenn ein Generalintendant, wenn vor dem Opernhaus ein Kunstwerk diskutiert wird, sich dazu verhält und öffentlich auch äußert.

Antwort des Stadtrates Herrn Heendorf (CDU-Fraktion):

Wenn er dies aus seiner Privatschatulle bezahlt, hat sicherlich niemand etwas dagegen.

Hinweis des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge:

Jetzt wird es ja eine Diskussion. Wir sind in einer Fragestunde. Die Frage ist: In welchem Umfang sind die Theaterwerkstätten für Projekte tätig, die nicht im direkten Zusammenhang mit dem

künstlerischen Schaffen usw. stehen? Welche Kosten entstehen für das Theater, die keinen Bezug zu eigentlichen Aufgaben haben?

Antwort des Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Herrn Dr. Koch:

Ja, da ist ein Fotoapparat, der genutzt wird, Postkarten, die da gemacht werden. Die kosten nichts. Sie meinen vielleicht noch das Transparent, das dort hängt. Die Farbe kann ich jetzt nicht kalkulieren. Die würde ich Ihnen noch beantworten.

Hinweis des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge:

Gut. Dann gibt es eine schriftliche Antwort dazu. Die Frage soweit beantwortet?

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

Nachfrage des Stadtrates Herrn Brüning (Die Linkspartei.PDS):

Herr Oberbürgermeister, ich mische mich jetzt hier ein. Ich kann das nicht ertragen. Man kann diese Dinge so oder so darstellen. Aber Tatsache ist doch, meine Frage ist: Sie wissen doch, Herr Oberbürgermeister, dass Grundlage der Tarifverhandlungen und des Abschlusses des Haustarifvertrages die Aussage des Theaters gewesen ist, dass man erstens das Budget einhalten muss und zweitens 800.000 Euro etwa fehlen. Eingespart wurden 1,6 Millionen dann in diesem Zusammenhang. Meine Nachfrage in Ihre Richtung. Wie bewerten Sie eigentlich die Fähigkeit der Budgetplanung dieser Theaterleitung?

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Herr Brüning, das will ich gern beantworten. Aber es ist gar kein Grund, sich darüber aufzuregen. Das kann man wirklich ganz sachlich beantworten. Wir hatten die Situation 2003 und 2004, dass das Theater überzogen hat. Hier im Stadtrat war das mit heftigen Debatten begleitet. Berechtigt. Und das Theater hat gesagt, 2005 werden wir wieder in Schwierigkeiten kommen, wenn wir keinen Haustarif machen. Das war die Botschaft. Dann gab es Tarifverhandlungen. Die Tarifverhandlungen haben sich hingezogen bis Oktober. Und bei Verhandlungen ist es immer so, ob das Ergebnis kommt oder nicht kommt, weiß man vorher nicht.

5.13. Schriftliche Anfrage (F0070/06) Stadträtin Paquè, FDP-Fraktion

Überschuss theater magdeburg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

unbestätigten Informationen zufolge hat das theater magdeburg 2005 einen Überschuss erzielt, der in etwa der Summe entspricht, die die Einsparungen durch den Haustarifvertrag umfassen.

Ich frage und bitte um eine kurze mündliche und ausführliche Stellungnahme.

4. Sind diese Informationen zutreffend?
5. Wenn ja, wie wurde der Überschuss erzielt?
6. Welchen Jahresabschluss hätte des theaters magdeburg ohne den Abschluss der Haustarifverträge erzielt?
7. Welcher Verwendung wird der Überschuss zugeführt?

5.14. Schriftliche Anfrage (F0067/06 Stadtrat Czogalla, SPD-Fraktion

DSL-Anbindung in Magdeburg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wie kürzlich der Presse zu entnehmen war, besteht in dem Gebiet entlang der Saalestraße laut Aussagen der Telekom derzeit keine Möglichkeit, einen breitbandigen Internetanschluss, z.B. über DSL, zur Verfügung zu stellen.

In einer weiteren Pressemeldung war zudem die Rede davon, dass Stadtteile wie Diesdorf aufgrund ihrer derzeitigen Anbindung über Glasfaser benachteiligt seien, was jedoch angesichts des heutigen technischen Standes der Übertragungstechnik gerade in der Kombination von Glasfaser und Kupferkabel - vDSL - kein technisches Problem mehr sein dürfte.

Neben einer wünschenswerten Erschließung aller Stadtteile Magdeburgs mit DSL für die Bevölkerung ist besonders in Industriegebieten eine schnelle Anbindung an das Internet eine unverzichtbare Voraussetzung für die Ansiedlung von Betrieben und die damit einhergehende Schaffung von Arbeitsplätzen.

1. Welchen Möglichkeiten der Einwirkens seitens der Stadt auf die Telekom bestehen bzw. sind vorgesehen um die Verbesserung hinsichtlich dieses wichtigen Standortfaktors zu erreichen.

2. Gibt es unterstützende Aktivitäten der Wirtschaftsförderung oder des Entwicklungsträgers, um Alternativen der Anbindung über Funk (WLAN u.ä.) oder private TV-Kabelanbieter zu schaffen.
3. Gab es aufgrund der Unterversorgung Probleme mit potentiellen Investoren?

Ich bitte um die Beantwortung der Fragen gemäß § 8 der Geschäftsordnung.

Antwort des Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herrn Dr. Puchta:

Es ist in der Tat so, dass leider Ortsteile in Magdeburg nicht gut versorgt sind von der Telekom. Das ist in der Tat so. Das trifft insbesondere auf Ottersleben zu. Das trifft auf Rothensee zu. Das ist bekannt. Und es gibt immer wieder sehr massiv die Intervention des Oberbürgermeisters bei der Telekom mit der Bitte, die Bürger dort zu versorgen. Das hat positiven Erfolg, zumindest für Ottersleben gehabt. Wir wissen jetzt, dass Ottersleben im Laufe diesen Jahres erschlossen werden soll nach Aussage der Telekom. Und es hat Ergebnisse gehabt in Rothensee. Was wir allerdings noch ein Stück weit offen haben, ist die Situation in den Industriegebieten in Rothensee. Wir müssen wissen, ob die Telekom demnächst willens und bereit, dort zu investieren oder nicht. Konkurrenzangebote sind natürlich rein von der Investition her für solche Unternehmen immer ein hohes Risiko. Das ist im Moment die Situation, vor der wir stehen. Dass da Bewegung drin ist, zeigt, dass die Telekom uns jetzt signalisiert hat, es wird eine Lösung für die Unternehmen geben. So müssen wir jetzt einfach abwarten, was die Telekom auf den Tisch legt. Sollte das nicht hinreichend sein, würden wir uns intensiv bemühen, die privaten Anbieter dort reinzukriegen. Für eine Investition gab es jetzt bisher nie einen Hinderungsgrund. Das nötigt uns eigentlich nur dazu, möglichst viel Druck an der Ecke zu machen. Wir hoffen also, dass wir im Laufe dieses Jahres für die Unternehmen eine vernünftige Lösung hinkriegen.

Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge:

Vielen Dank. Die Frage ist ausreichend beantwortet? Ja.

5.15. Schriftliche Anfrage (F0071/06) Stadträtin Paquè, FDP-Fraktion

Schädlingsbefall durch Ratten

In Bürgergesprächen wurde ich darauf hingewiesen, dass am Ulrichsplatz, Höhe Gaststätte Alex, verstärkt Ratten gesehen wurden.

Ich bitte um eine schriftliche Beantwortung meiner Fragen:

1. Welche Maßnahmen ergreift die Landeshauptstadt zur Schädlingsbekämpfung, in diesem Falle bei Ratten?

2. Wo liegen in der Stadt die Schwerpunkte des Rattenbefalls und welche Schwerpunkte setzt die Verwaltung, um die Ratten zu bekämpfen?
3. Welche finanziellen Mittel stehen für die Bekämpfung von Schädlingsbefall zur Verfügung und sind diese Mittel ausreichend?

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

5.16. Schriftliche Anfrage (F0077/06) Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Plakatierung Allee-Center

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Ja, Herr Oberbürgermeister, ein bisschen operativ die Geschichte, die ich jetzt nachfragen will. Nachdem die Kopfplakate, insbesondere für die Landtagswahl nun wieder alle weg sind von den Laternen, hängen jetzt andere da dran.

Ich weiß, alle sind noch nicht ab. Aber ein paar braucht man ja noch, weil sonst die Stadtkasse wieder nicht genug einnimmt. Und in genau die Richtung zielt meine Frage. Jetzt hängen nämlich dort und auch an Stellen, wo Politik keine Plakate hinhängen darf, z. B. auf der Stadtautobahn oder an Ausfahrten der Stadtautobahn, solche gleichgroßen Plakate, Richtungshinweise, wie man nun ins dreigeschossige Allee-Center kommt. Da ist meine Frage:

1. Wer hat denn die genehmigt ?
2. Ist dies mit Ströer abgestimmt, der ja mit uns einen Vertrag hat über die Außenwerbung ?
3. Was nehmen wir über diese Art und Weise ein ?
4. Und wenn es weder Genehmigungen noch einen Vertrag gibt, damit wir als Stadt Geld einnehmen können, wie soll vorgegangen werden gegen diese Art und Weise der Plakatierung, wo wir doch immer alle so ordentlich sind ?

Ich bitte um schriftliche Beantwortung dieser Anfragen im Nachgang zur Stadtratssitzung !

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

5.17. Schriftliche Anfrage (F0056/06) Stadträtin Frömert, Fraktion Die Linkspartei.PDS

Fürsorgepflicht/Nachsorgepflicht für vormalige städtische Mitarbeiter(innen) aus Kindereinrichtungen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

mit Stadtratsentscheidungen wurden alle Kindereinrichtungen Magdeburgs an freie Träger übertragen. In den zu diesem Zweck ausgehandelten Verträgen sind auch die Übernahme- bzw. Übergabebedingungen für das pädagogische Personal – die Erzieherinnen – und weitere Mitarbeiter(innen) geregelt. Die Stadt verpflichtete sich zur Übernahme der Personalkosten in voller Höhe für einen längeren aber begrenzten Zeitraum.

Ich bin darüber informiert, dass es bei zumindest einem Träger Probleme gibt mit der ordnungsgemäßen Zahlung von Gehalt an die von der Stadt mit der Einrichtung übergebenen Mitarbeiter(innen).

Die Mitarbeiter(innen), deren neuer Arbeitgeber das Kolping-Bildungswerk ist, sollen nach zuverlässigen Aussagen mit Regelmäßigkeit ihr Gehalt nicht pünktlich auf ihren Konten erhalten. Neuerdings (Februar 2006) wurde der Zeitraum noch weiter ausgedehnt und die Mitarbeiter(innen) haben bis zum heutigen Tage ihr Februargehalt nicht erhalten. Bereits bei der zuerst an diesen Träger übertragenen Einrichtung (Nordpark) kam es zu einzelvertraglichen Regelungen mit häufigen unregelmäßigen Zahlungen des Gehaltes.

Ich finde die Haltung dieses Arbeitgebers höchst skandalös.

Ich hoffe, dass die Stadt daran kein Verschulden trifft. Denn ich gehe davon aus, dass die freien Träger die von der Stadt mit den Verträgen zugesagten finanziellen Mittel für Personal und für Sachkosten regelmäßig in den entsprechend vereinbarten Zeitabständen erhalten.

Herr Oberbürgermeister,

ist meine Annahme richtig, dass die freien Träger die zugesagten Mittel kontinuierlich erhalten und in die Lage versetzt sind, ihrer Aufgabe als Träger einer Kindereinrichtung in der Landeshauptstadt nachkommen zu können?

Kann ein freier Träger regelmäßig und pünktlich Gehalt zahlen an jene, die in Kindereinrichtungen arbeiten?

Wie erfolgt die Kontrolle zur Einhaltung der Verträge, hier vor allem zur ordnungsgemäßen Beschäftigung der Erzieher(innen) und der Zahlung des Gehaltes in der mit dem Übergabe-Übernahme-Vertrag vereinbarten Höhe?

Wie erklären Sie sich, dass ein freier Träger für die Übergabe von Einrichtungen ausgewählt worden ist, der seiner arbeitsvertraglichen Verpflichtung zur Zahlung von Gehalt nicht oder nicht in vorgeschriebener Form nachkommt?

Welche „Sanktionen“ sind vereinbart für einen solchen „Fall“ – sich ergebend aus der Verpflichtung der Fürsorge bzw. Nachsorge für vormalige Mitarbeiter(innen) der Stadt? Welche müssten gegebenenfalls nachträglich vereinbart werden?

Ich bitte um mündliche und schriftliche Beantwortung.

Antwort der komm. Amtsleiterin 50 Frau Borris, in Vertretung der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit:

Mit dem Träger ist das Jugendamt schon im Gespräch, das weiß Frau Frömert sicherlich. Wir finden es auch sehr skandalös, dass hier die Zahlungen nicht geleistet werden, weil die Träger kriegen tatsächlich pünktlich ihre Gelder. Sie sind also in der Lage, pünktlich die Gehälter zu zahlen. Mit diesem Träger gibt es aber einzelvertragliche Regelungen mit Beschäftigten und die sind jetzt abgefordert worden und im Rahmen von Verwendungsnachweisprüfungen hat die Stadt die Möglichkeit, hier eine entsprechende Sanktion, wenn nicht zweckentsprechend verwendet wurde, gegen die Träger einzuleiten.

5.18. Schriftliche Anfrage (F0072/06) Stadtrat Salzborn, CDU-Fraktion

Sachstand Lübecker Privatweg – Errichtung einer Lärmschutzwand

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

an die Mitglieder der CDU-Ratsfraktion wurde ein Schreiben von Bewohnerinnen und Bewohnern des Lübecker Privatweges gesandt. In diesem Brief wurde u.a. die Thematik der Errichtung von Lärmschutzeinrichtungen für dieses Wohngebiet behandelt. Nach einem Vor-Ort-Termin und Gesprächen mit den betroffenen Bürgern stelle ich Ihnen folgende Fragen:

Wie ist der aktuelle Sachstand zum Zustand der Brückenkonstruktion für den Magdeburger Ring über den Lübecker Privatweg?

Wie ist der aktuelle Sachstand zur Errichtung einer Lärmschutzwand in Höhe des Lübecker Privatweges?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

5.19. Schriftliche Anfrage (F0058/06) Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Fusion dreier Gymnasien

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Mit Datum vom 16. 03.06 liegt den Fraktionen ein Offener Brief zur Schulpolitik vor. In diesem Schreiben geht es inhaltlich um die Fusion dreier Gymnasien: des Humboldt-Gymnasiums, des Otto-von-Guericke-Gymnasiums und des Einstein-Gymnasiums. Dieser Offene Brief ist unterzeichnet von den Sprecherinnen und Sprechern des Schulleiternrates der besagten drei Gymnasien. Wir gehen davon aus, dass Ihnen dieser Offene Brief auch vorliegt, ansonsten gestatten Sie uns den Hinweis, dass er unter <http://www.humboldt-gymnasium.org/obrief.html> zu finden ist.

Im Januar 2004 hat der Stadtrat mit seiner Beschlussfassung zum Mittelfristigen Schulentwicklungsplan 2004/05- 2008/09 (DS0784/03) bezüglich der drei erwähnten Gymnasien beschlossen, dass „Humboldt“ und „Guericke“ keine Schüler mehr aufnehmen, sondern am Standort des Einsteingymnasiums im Olvenstedter Grasweg zusammengeführt werden. Beschlossen wurde weiterhin: „Es wird vorgeschlagen, dass zwischen dem Einstein-, dem Guericke- und dem Humboldt-Gymnasium, unter Beteiligung der schulfachlichen Behörde und des Schulträgers, ein Konzept (Netzwerk) unter Beachtung der Klassenbildung, der Raumkapazitäten, der Unterrichtsversorgung sowie der Effizienz entwickelt wird. Die Zielstellung des Netzwerkes ist auf eine verträgliche, perspektivisch gesicherte Beschulung ausgerichtet. Gleichzeitig sind die Kapazitäten so zu konzentrieren, dass ein schrittweiser und effektiver Rückzug von Räumen/Standorten möglich ist. Der Prozess ist möglichst im Zieljahr 2008/2009 abzuschließen.“

Wir fragen dazu an:

1. Wie ist der Stand der praktischen Zusammenführung der drei Gymnasien, die inhaltliche und insbesondere die personelle Untersetzung betreffend.
Hierbei interessieren vordringlich:
 - die Besetzung der Position der Schulleiterin/des Schulleiters und
 - die zukünftige Zusammensetzung des Lehrerkollegiums der fusionierenden Gymnasien ?
2. Nach welcher Maßgabe erfolgt die Umsetzung der Lehrern, die nach der Zusammenführung der drei Gymnasien nicht mehr dort unterrichten werden ?
Um wie viel Lehrerinnen handelt es sich konkret und wann werden diese wohin versetzt ?
3. In welchem Zeitrahmen gedenkt die Verwaltung den Prozess der Zusammenführung abzuschließen und wann werden, auch für die Betroffenen Lehrer und Schüler konkret nachvollziehbare Schritte sichtbar ?
4. Was tut die Verwaltung, um den Weg dieser Zusammenführung für alle Betroffenen transparent zu machen und vor allem in den Prozess einzubeziehen ?

Wir bitten um ausführliche schriftliche Beantwortung der Anfragen, möglichst bereits im Vorfeld der kommenden Stadtratssitzung im April 2006.

5.20. Schriftliche Anfrage (F0059/06) Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Selbständigkeit statt Arbeitslosigkeit

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Der jüngste Sonderdruck der Magdeburger Statistischen Monatsberichte vom Februar 2006 beschäftigt sich mit der ausländischen Bevölkerung in der Stadt Magdeburg. Hier werden u.a. Aussagen getroffen zur Entwicklung der ausländischen Bevölkerung mit Hauptwohnsitz, gestaffelt nach Altersgruppen, zum Familienstand, nach ausgewählten Nationalitäten, den Anteil von Ausländern an den Arbeitslosen u.a. Zahlen, die durchaus von Interesse sind. Allerdings vermissen wir auch Zahlen über die Anzahl ausländischer Gewerbetreibender. Eine Aussage dazu findet sich bislang nur in einem „Vorgänger“ der Statistischen Monatsberichte, Ausgabe März 2005. Daraus geht hervor, dass im Jahr 2004 von 3.009 Gewerbeanmeldungen insgesamt 251 ausländische Gewerbetreibende sind (ca. 8,4 %). Bei den Abmeldungen ist das Verhältnis von 2.101 insgesamt zu 76 von ausländischen Gewerbetreibenden jedoch mit 3,6 % deutlich geringer.

Darüber hinaus haben wir nachfolgende Anfragen:

1. Wieviel Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen ausländischer Gewerbetreibender hatten die Stadt im Jahr 2005 zu verzeichnen ?
2. Wieviel geschaffene Arbeitsplätze verbergen sich dahinter oder sind dies in der Mehrzahl sogenannte Ich-AG`n ?
3. Was tut die Verwaltung, um insbesondere den ausländischen Gewerbetreibenden Unterstützung anzubieten ?
4. Werden ggf. auch die für die Intergation von ausländischen Mitbürgern geschaffenen Strukturen (Ausländerbeauftragter, Ausländerbeirat und andere Vereine der Ausländerarbeit, wie z.B. Kontakt International etc.) einbezogen und wenn ja, in welcher Form ?

Wir bitten um ausführliche schriftliche Beantwortung der Anfragen.

5.21. Schriftliche Anfrage (F0061/06) Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Lärmschutzwand am Magdeburger Ring

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bereits seit 1996 wenden sich die Bewohner des Umfeldes Lübecker Straße, Ebendorfer Chaussee und Milchweg) an die Stadt Magdeburg mit der Bitte um Errichtung einer Lärmschutzwand im Brückenbereich des Lübecker Privatweges zu errichten.

Gerade in diesem Bereich sind die Belastungen durch gesundheitsschädlichen Verkehrslärm, Staub und Abgase beträchtlich. Die Gebäude der betroffenen Anwohner reichen hier bis auf 2 Meter an den Magdeburger Ring heran.

Im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Baus der Lärmschutzwand wurde den Anwohnern schließlich 2004 der Kompromiss vorgeschlagen, den Bau im Wege einer notwendigen Brückenertüchtigung seitens des Tiefbauamtes vorzunehmen.

Im Januar 2005 gab das Tiefbauamt den Anwohnern bekannt, dass die Baumaßnahmen im Brückenbereich einschließlich der geforderten Lärmschutzwand im Sinne aller Anwohner beendet werden.

Ein Gutachten der Stadt, aufgrund eines Stadtratsbeschlusses in Auftrag gegeben, liegt seit Anfang 2006 vor und bestätigt die technische Machbarkeit.

Wir fragen deshalb an:

1. Wie ist der Stand der Errichtung der Lärmschutzwand ?
2. Welche Gründe gibt es für mögliche Verzögerungen ? Welche Vorgehensweise plant die Stadt ?
3. Wie hoch sind die Kosten für die vorgesehenen Lärmschutz-Maßnahmen ?
4. Wann wird das Bauvorhaben dem Stadtrat zur Abstimmung vorgelegt ?

Wir bitten um kurze mündliche Beantwortung der Anfragen in der Stadtratssitzung am 06.04.06 und ausführliche, schriftliche Beantwortung im Nachgang zur SR-Sitzung.

6. Beschlussfassung durch den Stadtrat

6.1.	Änderung der Gefahrenabwehrverordnung	DS0059/05
	BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	

Der 1. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Danicke übernimmt die Sitzungsleitung.

Es liegt der Änderungsantrag DS0059/06/1 des Ausschusses KRB vor.

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal verweist auf einen Beschluss, bei Satzungsänderungen eine entsprechende Synopse bezüglich der vorzunehmenden Änderungen vorzulegen und kritisiert das Fehlen dieser Synopse zur vorliegenden Drucksache.

Stadtrat Balzer, SPD-Fraktion, nimmt Bezug auf die unter dem TOP 9.4 vorliegende Information I0045/06 – Konzept zum Umgang mit Open-Air-Veranstaltungen – und macht umfangreiche Ausführungen hinsichtlich der Festlegung eines Lärmpegels bei Open-Air-Veranstaltungen.

Gemäß Änderungsantrag DS0059/06/1 des Ausschusses KRB beschließt der Stadtrat bei einigen Enthaltungen einstimmig:

§ 4a
Anzeigepflicht von Veranstaltungen

Wer eine öffentliche Veranstaltung mit Musikaufführungen durchführen will, hat dies der zuständigen Behörde mindestens zwei Wochen vor Beginn anzuzeigen. In der Anzeige sind der Veranstaltungsort, die Veranstaltungszeit sowie die Zahl der erwarteten Gäste anzugeben. Zu den in Satz 1 genannten Veranstaltungen gehören auch **öffentliche** Veranstaltungen mit Musikaufführungen in Gaststättenbetrieben, soweit diese Gaststätten nicht in die Betriebsart „Diskothek“ oder „Gaststätte mit regelmäßigen Tanzveranstaltungen“ konzessioniert sind.

Der Stadtrat beschließt unter Beachtung des Änderungsantrages DS0059/06/1 des Ausschusses KRB bei einigen Enthaltungen einstimmig:

Beschluss-Nr. 949-32(IV)06

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage beigefügte Erste Verordnung zur Änderung der Gefahrenabwehrverordnung der Landeshauptstadt Magdeburg vom 27.05.2002.

6.2.	Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Magdeburg im "Freundeskreis Korvette Magdeburg"	DS0041/06
	BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	

Der Ausschuss VW empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, geht klarstellend auf kritische Anmerkungen hinsichtlich der Mitgliedschaft der Stadt Magdeburg ein und spricht sich für eine Beschlussfassung zur Drucksache aus.

Die im Rahmen der Diskussion von Stadträtin Karin Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, aufgeworfenen Fragen hinsichtlich der Festlegung der Mitgliederanzahl sowie des Beitragsatzes werden durch den Oberbürgermeister Herrn Dr. Trümper beantwortet.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning erläutert die Auffassung seiner Fraktion, dass es sich bei dieser Korvette nicht um eine zivile Einrichtung handelt, welche den Namen Magdeburg trägt, sondern als Kriegsschiff betrachtet werden muss und spricht sich für eine Ablehnung aus.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal nimmt in seinen Ausführungen Bezug auf die Möglichkeiten der Mitgliedschaft im Verein und bringt den Antrag ein, dass die Stadt Magdeburg als Ehrenmitglied ohne Stimmrecht dem Verein beitreten sollte.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern spricht sich für eine Beschlussfassung zur Drucksache aus.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, bringt den GO-Antrag – **Abbruch der Debatte** – ein.

Der GO-Antrag des Stadtrates Schindehütte, CDU-Fraktion, wird durch den Stadtrat mehrheitlich **abgelehnt**.

Im Rahmen der weiteren Diskussion geht der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper auf den Status der Mitgliedschaft ein und macht klarstellende Ausführungen zur korporativen Mitgliedschaft der Stadt Magdeburg.

Stadtrat Balzer, SPD-Fraktion, verweist auf den repräsentativen Charakter dieser Mitgliedschaft und bittet darum, dass der Oberbürgermeister diese persönlich wahrnehmen sollte.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, bringt den GO-Antrag – **Ende der Rednerliste** – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Schwenke, CDU-Fraktion, beschließt der Stadtrat bei einigen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Ende der Rednerliste.

In der weiteren umfänglichen Diskussion, in der sich Stadtrat Walter Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, gegen eine Beschlussfassung sowie Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für eine Beschlussfassung aussprechen, wird der Änderungsantrag des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal zurückgezogen.

Der Stadtrat beschließt bei vielen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 950-32(IV)06

Die Landeshauptstadt Magdeburg stellt einen Aufnahmeantrag für den eingetragenen Verein „Freundeskreis Korvette Magdeburg“.

- 6.3. Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung 2005 der Messe- und Veranstaltungsgesellschaft Magdeburg GmbH DS0004/06
BE: Bürgermeister
-

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Beschluss-Nr. 951-32(IV)06

Die Gesellschaftervertreter in der Gesellschafterversammlung der Messe- und Veranstaltungsgesellschaft Magdeburg GmbH werden angewiesen, die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2005 zu bestellen.

- 6.4. Jahresabschluss 2004 der Flughafen Magdeburg GmbH (FMG) DS0007/06
BE: Bürgermeister
-

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat beschließt bei einigen Enthaltungen einstimmig:

Beschluss-Nr. 952-32(IV)06

1. Der Stadtrat nimmt den von der PricewaterhouseCoopers AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2004 der FMG zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter werden angewiesen:
 - Den Jahresabschluss 2004 mit einer Bilanzsumme von 9.597.719,08 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 782.591,91 EUR festzustellen,

- den Jahresfehlbetrag in Höhe von 782.591,91 EUR mit den von der Landeshauptstadt Magdeburg in 2004 geleisteten Zuschüssen in Höhe von 521.000,00 EUR zu verrechnen,
- den nicht verrechneten Jahresfehlbetrag 2004 in Höhe von 261.591,91 EUR durch Entnahme aus der Kapitalrücklage auszugleichen,
- dem Geschäftsführer Herrn Peter Fechner sowie dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2004 Entlastung zu erteilen,
- die PricewaterhouseCoopers AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2005 zu bestellen.

6.5. Jahresabschluss 2004 der Natur- und Kulturpark Elbaue GmbH DS0009/06
 (NKE)
 BE: Bürgermeister

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat beschließt bei einigen Enthaltungen einstimmig:

Beschluss-Nr. 953-32(IV)06

1. Der Stadtrat nimmt den von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO Deutsche Warentreuhand Aktiengesellschaft, Niederlassung Magdeburg, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2004 der NKE zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftsvertreter der NKE werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2004 mit einer Bilanzsumme von 73.919.333,19 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 5.278.616,94 EUR festzustellen,
 - den Jahresfehlbetrag in Höhe von 5.278.616,94 EUR mit den von der Landeshauptstadt Magdeburg in 2004 geleisteten Zuwendungen in Höhe von 2.514.000,00 EUR zu verrechnen,
 - den nicht verrechenbaren Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.764.616,94 EUR mit dem Gewinnvortrag in Höhe von 65.433.184,01 EUR zu verrechnen und insgesamt auf neue Rechnung vorzutragen,
 - dem Geschäftsführer, Herrn Manfred Stietzel, sowie dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2004 Entlastung zu erteilen.

6.6.	Jahresabschluss 2003 des Eigenbetriebes Zoologischer Garten Magdeburg	DS0658/05
<hr/>		
	BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport	

Es liegt ein Austauschblatt wegen geänderter Beratungsfolge vor.

Der Ausschuss RPB und der BA Zoo empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Beschluss-Nr. 954-32(IV)06

	2003 in Euro	2002 in Euro
1. Feststellung des Jahresabschlusses sowie des Lageberichtes zum 31. Dezember 2003 des Eigenbetriebes Zoologischer Garten Magdeburg		
1.1 Bilanzsumme in Höhe von Euro	7.211.079,78	10.479.206,35
1.1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf:		
- Anlagevermögen	6.380.979,99	9.596.636,81
- Umlaufvermögen	828.261,23	875.342,20
- davon Vorräte	46.440,22	54.215,68
- davon Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	774.965,84	810.451,96
- davon Kassenbestand	6.855,17	10.674,56
- Rechnungsabgrenzungsposten	1.838,56	7.227,34
1.1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf:		
- Eigenkapital	- 3.139.106,64	- 1.170.633,77
- davon Ausstattungskapital	3.579.043,00	3.579.043,00
- davon allgemeine Rücklagen	3.362.588,57	3.362.588,57
- davon Bilanzverlust	- 10.080.738,21	- 8.112.265,34

-	Sonderposten für Zuwendungen zum AV	819.249,06	840.339,56
-	Empfangene Ertragszuschüsse	6.457.500,00	6.580.743,95
-	Rückstellungen	382.816,00	1.549.500,00
-	Verbindlichkeiten	2.656.919,61	2.655.597,18
-	Rechnungsabgrenzungsposten	33.701,75	23.659,43
	Jahresfehlbetrag	- 1.968.472,87	- 1.422.689,36
1.2.1	Summe der Erträge	5.738.247,99	4.474.132,65
1.2.2	Summe der Aufwendungen	7.704.943,70	5.885.092,45
1.2.3	sonstige Steuern	1.777,16	11.729,56

2. Behandlung des Jahresergebnisse

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von Euro 1.968.472,87 erhöht den Verlustvortrag in Höhe von Euro 8.112.265,34 auf Euro 10.080.738,21. Der Betriebsleiter schlägt dem Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg vor, den verbleibenden Jahresfehlbetrag nach Verwendung des Teilbetrages zum Verlustausgleich 2001 (Euro 3.353.243,95) in Höhe von Euro 5.321.716,82 mit den empfangenen Ertragszuschüssen des Geschäftsjahres in Höhe von Euro 3.230.000,00 zu verrechnen und den verbleibenden Verlust in Höhe von Euro 2.091.716,82 auf neue Rechnung vorzutragen.

3. Entlastung der Betriebsleitung

Den Betriebsleitern des Eigenbetriebes Zoologischer Garten Magdeburg,

- Herrn Michael Schröpel, Betriebsleiter bis zum 14. April 2003,
- Frau Gisela Stehle, kommissarische Betriebsleiterin vom 15. April 2003 bis 30. September 2003 und
- Herrn Dr. Kai Perret, Betriebsleiter seit dem 01. Oktober 2003,

wird gemäß § 18 Eigenbetriebsgesetz für das Geschäftsjahr 2003 die Entlastung erteilt.

6.7. Einziehung eines Parkstreifens Fröbelstraße Nr. 18 - 56 DS0642/05

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal, hinterfragt Aussagen hinsichtlich des Verkaufs des betreffenden Grundstückes.

Hierzu werden durch den Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky klarstellende Ausführungen gemacht.

Der Stadtrat beschließt bei einigen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 955-32(IV)06

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Einziehung des Parkstreifens der Fröbelstraße Nr. 18 - 56 zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.

6.8. Satzung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 156-2.1 DS0545/05
und zur planfeststellungsersetzenden Straßenplanung der
Abbiegespur (Ortsfahrbahn) "Ziolkowskistraße 11 /
Dienstleistungszentrum für Autokunden"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, verweist auf die erheblichen Bedenken von Bürgern hinsichtlich des in Umsetzung der Maßnahme zu erwartenden Lärms sowie gegen die Fällung zahlreicher Bäume und spricht sich für eine Ablehnung der Drucksache aus.

Der Stadtrat beschließt mit 38 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 956-32(IV)06

1. Aufgrund des § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2414), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, und § 6 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt vom 05.10.93 (GVBl. S. 568), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg

Mit der Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0657/05/2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist eine Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0657/05/1 des Ausschusses KRB nicht mehr erforderlich.

Der Stadtrat **beschließt** durch Einzelabstimmung die Umbenennung des Nordabschnittes der Straße Lerchenwuhne zwischen Olvenstedter Graseweg und Ebendorfer Chaussee

gemäß Beschlusspunkt 1 des Beschlussvorschlages und unter Beachtung des Änderungsantrages DS0657/05/2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 957-32(IV)06

- 1) für den Teil zwischen Olvenstedter Graseweg und Ebendorfer Chaussee bleibt der Straßename Lerchenwuhne erhalten, jedoch mit der Ergänzung „Nord“ bzw. „Süd“

gemäß Punkt 2 des Beschlussvorschlages bei einigen Enthaltungen und einigen Nein-Stimmen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 958-32(IV)06

- 2) für den Teil des gegenwärtigen Gartenweges nördlich der ehemaligen Zufahrt zum Amt für Landwirtschaft und Flurneuordnung

in **Klötzer Weg**

gemäß Punkt 3 des Beschlussvorschlages einstimmig:

Beschluss-Nr. 959-32(IV)06

- 3) für die ehemalige Zufahrt von der Lerchenwuhne zum Amt für Landwirtschaft und Flurneuordnung

in **Miester Weg**

- 6.10. Einleitung der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) DS0648/05
der Landeshauptstadt Magdeburg - Südost
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
-

Die Ausschüsse UwE, RWB und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat beschließt bei einigen Enthaltungen einstimmig:

Beschluss-Nr. 960-32(IV)06

1. In den Stadtteilen:

Fermersleben
Salbke
Westerhüsen

sollen Darstellungen des Flächennutzungsplanes geändert werden.

Die Grenze des Geltungsbereiches der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes entspricht exakt der gemeinsamen äußeren Grenze der vorgenannten Stadtteile und ist in der beiliegenden Karte, die einen Bestandteil des Beschlusses bildet, dargestellt.

2. Mit der Änderung soll die Grundlage für eine Neustrukturierung der genannten Stadtteile hinsichtlich ihrer Bodennutzung geschaffen werden. Planerisches Ziel ist es, die ursprünglichen Ortskerne zu stärken und die baulichen Entwicklungsmöglichkeiten in den Zwischen- und Randbereichen zu reduzieren, um so dem hohen Wohnungsleerstand zu begegnen und brachgefallene Industrieflächen sinnvoll nachzunutzen. Weiterhin wird eine Entmischung des historisch gewachsenen engen Nebeneinander von Gewerbe und Wohnen angestrebt.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB soll nach ortsüblicher Bekanntmachung gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB durch 14-tägige Offenlegung des Beschlusses, begleitet durch Sprechstunden im Stadtplanungsamt Magdeburg, sowie durch eine Bürgerversammlung erfolgen.
4. Die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 1 BauGB an dem Verfahren zu beteiligen.

- 6.11. Aufhebung des Satzungsverfahrens vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 310-1.1 "Nahversorgungszentrum Olvenstedter Platz" DS0644/05

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat beschließt bei 2 Enthaltungen einstimmig:

Beschluss-Nr. 961-32(IV)06

1. Für das Gebiet, welches umgrenzt wird:

- im Norden: durch die nördlichen Flurstücksgrenzen der Flurstücke 242/5 und 240/3 (Flur 248) in Verlängerung bis zur Stormstraße
- im Osten: durch die Stormstraße bis zur Nordgrenze des Flurstückes 238/3 (Flur 248), die Ostgrenzen der Flurstücke 240/3, 241/2 (Flur 248)
- im Süden: durch die Südgrenzen der Flurstücke 241/ 2, 242/5 (Flur 248)
- im Westen: durch die Westgrenze des Flurstückes 242/5 (Flur 248)

hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg in seiner Sitzung am 03.04.2003 mit Beschluss Nr. 2268-64(III)03 die Einleitung des Satzungsverfahrens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 310-1.1 „Nahversorgungszentrum Olvenstedter Platz“ gefasst.

Dieser Beschluss wird gemäß §1 Abs.8 BauGB aufgehoben.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, dargestellt.

2. Der Beschluss ist gemäß §2 Abs.1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

- 6.12. Beschluss über den geänderten Entwurf und die erneute öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 178-5 "Östliche Wittenberger Straße / Wissenschaftspark" DS0379/05

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Auf Hinweis des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal ist der Kurztitel der Drucksache wie folgt redaktionell zu ändern:

Im Kurztitel muss es richtig heißen:

„**Östliche** Wittenberger Straße/Wissenschaftspark“.

Der Stadtrat beschließt bei 2 Enthaltungen einstimmig:

Beschluss-Nr. 962-32(IV)06

1. Der zweite Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 178-5 „Östliche Wittenberger Straße/Wissenschaftspark“ und die dazugehörige Begründung werden in der vorliegenden Fassung gebilligt.
2. Der zweite Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 178-5 „Östliche Wittenberger Straße/Wissenschaftspark“ und die dazugehörige Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 und § 4a Abs. 3 BauGB öffentlich auszulegen.
Die Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB von der öffentlichen Auslegung zu benachrichtigen.
3. Der Beschluss über den zweiten Entwurf und die erneute öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 178-5 „Östliche Wittenberger Straße/Wissenschaftspark“ ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

6.13. Befreiung von den Festsetzungen des B-Planes Nr. 255-1, DS0080/06
"Ölmühle Berliner Chaussee"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Es liegt der Änderungsantrag DS0080/06/1 der SPD-Fraktion vor.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Kaleschky bringt die Drucksache umfangreich ein und begründet die Erforderlichkeit der Beschlussfassung im Stadtrat.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Stern informiert umfassend über die Beratung der Drucksache im Ausschuss StBV und sieht dringenden Diskussionsbedarf auch hinsichtlich der Wirkung der Sichtbeziehungen des geplanten Sendemastes an diesem Standort auf das Stadtbild.

Im Ergebnis der Ausführungen des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion, wird die Drucksache DS0080/06 vom Oberbürgermeister **zurückgezogen**.

6.14. Kompletterung des Börderadweges zwischen Schmeilstraße und Am Schroteanger DS0661/05

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der 2. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Dr. Hildebrand übernimmt die Sitzungsleitung.

Zur Beratung liegen vor:

- Änderungsantrag DS0661/05/1 der CDU-Fraktion
- Änderungsantrag DS0661/05/2 Interfraktionell

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss FG lehnt die Beschlussfassung ab.

Die stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses FG Stadträtin Karin Meinecke informiert über die Beratung des Ausschusses FG speziell zu den vorgelegten Varianten.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern bringt den Änderungsantrag DS0661/05/1 ein und begründet diesen.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, bringt den interfraktionellen Änderungsantrag DS0661/05/2 ein.

Auf Hinweis der Stadträtin Frömert, Fraktion Die Linkspartei.PDS, dass vor einer Abstimmung zu den entsprechenden Varianten, welche nicht Bestandteil der Drucksache sind, diese zunächst zu erläutern sind, werden vom Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky die erforderlichen Ausführungen gemacht.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, verweist auf die Einsicht in die Erforderlichkeit der Maßnahme und spricht sich für die Beschlussfassung zur Variante 1 aus.

Der 2. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Dr. Hildebrand stellt den Änderungsantrag DS0661/05/2 als weitestgehenden Änderungsantrag zur Abstimmung.

Gemäß Änderungsantrag DS0661/05/2 – Interfraktionell – beschließt der Stadtrat mit 19 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und Enthaltungen mehrheitlich:

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Beschlusstext der Drucksache wird wie folgt geändert:

3. Im Rahmen des Städtebauförderprogrammes „Stadtumbau-Ost“ werden für das Fördergebiet Stadtfeld, im Programmjahr 2007, Fördermittel zur Finanzierung des Börderadweges beantragt. *Die Lücke des Börderadweges zwischen Schmeilstraße und Am Schroteanger wird auf der Südseite der Schrote mit eingeschränkter Beleuchtung (Variante 3) ausgebaut, also ohne Wegeverbindung über die Schrote. Die Gesamtkosten betragen somit ca. 106.000 Euro.*

Über eine eventuelle Ergänzung (Erneuerung der Spielbrücke) wird später entschieden, frühestens wenn die vorhandene Spielbrücke abgängig ist.

Mit der Beschlussfassung zu diesem Änderungsantrag hat sich eine Abstimmung zum Änderungsantrag DS0661/05/1 der CDU-Fraktion erübrigt.

Der Stadtrat beschließt unter Beachtung des Änderungsantrages DS0661/05/2 – Interfraktionell bei vielen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr.963-32(IV)06

1. Der Ausbau des Teilabschnittes des Börderadweges zwischen Schmeilstraße und Am Schroteanger wird auf der Basis der Vorplanung grundsätzlich beschlossen.
2. Die erforderlichen finanziellen Mittel für den Grundstückserwerb in Höhe von 33.600 EUR sind im Haushaltsplan 2006 eingestellt.
3. Im Rahmen des Städtebauförderprogrammes „Stadtumbau-Ost“ werden für das Fördergebiet Stadtfeld, im Programmjahr 2007, Fördermittel zur Finanzierung des Börderadweges beantragt. Die Lücke des Börderadweges zwischen Schmeilstraße und Am Schroteanger wird auf der Südseite der Schrote mit eingeschränkter Beleuchtung (Variante 3) ausgebaut, also ohne Wegeverbindung über die Schrote. Die Gesamtkosten betragen somit ca. 106.000 Euro.
Über eine eventuelle Ergänzung (Erneuerung der Spielbrücke) wird später entschieden, frühestens wenn die vorhandene Spielbrücke abgängig ist.
4. Die Folgekosten in Höhe von 1.000 €a sind aus dem vorhandenen Budget von SFM zu finanzieren.
5. Der erforderliche Grunderwerb soll 2006 erfolgen. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Ankäufe zu realisieren.

7. Einwohnerfragestunde

Der Stadtrat führt gemäß § 27 Gemeindeordnung LSA zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.

7.1. Herr Stephan Küster

Ich wohne in Magdeburg, Baugebiet An den Röthen. Meine Frage zielt dahin, ob es im Stadtrat oder überhaupt in der Stadt Magdeburg schon einmal den Gedanken gab, die Buslinie 71 etwas näher an das Baugebiet Röthen heranzuführen, um die Anbindung des Baugebietes an den städtischen Nahverkehr etwas besser zu gestalten.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky:

Die Frage kann ich nicht beantworten. Ich nehme sie aber mit in die MVB und Sie bekommen eine schriftliche Antwort.

2. Herr Frank Laudan

Ich bin Anwohner im Lübecker Privatweg in Neue Neustadt. Und zwar ist dort seit einigen Jahren eine Bürgerinitiative tätig und es geht um den Bau einer Lärmschutzwand.

Meine Frage geht dahin, wie der Abarbeitungsstand in dieser Sache ist bzw. wie das weitere Vorgehen bezüglich der Realisierung der Lärmschutzwand aussieht.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky:

Die Entwurfsplanung ist fertiggestellt im Auftrag des Umweltamtes gemeinsam mit dem Tiefbauamt. Die Kosten liegen fest. Es sind rd. 145.000 Euro, die notwendig sind. Wir werden jetzt den Förderantrag stellen, das heißt das Umweltamt, zur Förderung der Lärmschutzwand. Wenn das bestätigt ist, dann wird die entsprechende Umsetzung erfolgen. Es sind auch Leistungen an der Brücke erforderlich, um die Lärmschutzwand dort aufzunehmen. Aber im Moment ist nicht abzusehen, wann die Genehmigung und die Fördermittel bereitstehen. Sowie sie da sind, werden wir eine Entscheidung treffen, so schnell wie möglich dies zu realisieren.

Nachfrage von Herr Laudan:

Ist denn die Beantragung der Fördermittel auch für die nächste Zeit vorgesehen?

Ergänzende Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky:

Wie wir auch heute nochmal vom Umweltamt erfahren haben, wird in Kürze der Antrag auf Fördermittel gestellt.

8. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

8.1. Fördergebietsstruktur A0175/05
SR Hans-Dieter Bromberg, SPD Fraktion
WV v. 29.09.05

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss RWB empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0175/05/1.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal, verweist darauf, dass zum vorliegenden Änderungsantrag keine Abstimmung vorzunehmen ist, da es sich hierbei lediglich um einen Hinweis handelt.

Der Stadtrat beschließt bei wenigen Enthaltungen einstimmig:

Beschluss-Nr. 964-32(IV)06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat zeitnah eine Aufstellung über die Fördermöglichkeiten und -programme des Landes, des Bundes und der Europäischen Union, die für Magdeburg und die umliegenden Landkreise relevant sind, vorzulegen.

Diese Aufstellung soll neben dem Volumen und der Laufzeit der einzelnen Programme auch deren Förderbedingungen beinhalten.

8.2. Theaterbus für Puppentheater

A0237/05

CDU - Fraktion
WV v. 12.01.06

Der Ausschuss K empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern führt aus, dass in der Stellungnahme der Verwaltung die Wichtigkeit dieses Projektes gut dargestellt wurde und spricht sich für eine Beschlussfassung zum Antrag aus, da hiermit die Grundlage für die Aufnahme des Projektes in den städtischen Haushalt gegeben wird.

Die Vorsitzende des Ausschusses K Stadträtin Karin Meinecke führt aus, dass ein Unternehmen gefunden wurde, welches des Busumbau vornimmt, wenn dieser zur Verfügung gestellt wird. Alle anderen Kosten sind derzeit jedoch noch nicht absehbar, so dass somit noch keine Aufnahme in den Haushalt erfolgen kann.

Der Stadtrat beschließt bei 1 Enthaltung einstimmig:

Beschluss-Nr. 965-32(IV)06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der MVB und Dritten Gespräche bzgl. der zur Verfügungstellung eines Busses für das Puppentheater Magdeburg zu führen. Zielstellung ist die Überlassung eines geeigneten Fahrzeuges zur Fortführung des Theaterbus-Projektes des Magdeburger Puppentheaters.

Gegebenfalls werden die durch die Fortsetzung des Theaterbus-Projektes anfallenden Kosten dem Puppentheater zusätzlich zum beschlossenen Budget zur Verfügung gestellt.

8.3. Aufstellung der "Kurfürsten" des Magdeburger Reiters im
Museum

A0226/05

SPD - Fraktion
WV v. 09.02.06

Der Ausschuss K empfiehlt die Beschlussfassung.

Es liegt der Änderungsantrag A0226/05/1 der CDU-Fraktion vor.

Die Stadträte Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, und Schuster, CDU-Fraktion, erklären gemäß § 31 GO LSA ihr Mitwirkungsverbot und nehmen nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Stadtrat Seifert, CDU-Fraktion, bringt den Änderungsantrag A0226/05/1 ein. Er spricht sich für eine Abstimmung zum vorliegenden Antrag aus und bittet um Überweisung des Änderungsantrages A0226/05/1 in den Ausschuss FG.

Die Vorsitzende des Ausschusses K Stadträtin Karin Meinecke verweist auf die Regelung der Geschäftsordnung des Stadtrates, dass für eine entsprechende Beschlussfassung eine Deckungsquelle benannt werden muss und sieht daher keine Möglichkeit der Beschlussfassung zum Änderungsantrag.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal stellt die Frage der Unabweisbarkeit und unterbreitet den Vorschlag, die erforderliche Summe aus dem Budget der Europaratsausstellungen bereitzustellen.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr verweist auf die unklare Kostenfrage und bezweifelt, dass seitens des Ausschusses FG hier eine Lösung gefunden werden kann. Er legt seine Auffassung dar, dass eine Finanzierung über den Förderverein erfolgen sollte und hält die Bereitstellung der finanziellen Mittel aus dem Budget der Europaratsausstellung für nicht zulässig.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning unterstützt den Antrag und äußert seine Auffassung, dass die Bereitstellung der finanziellen Mittel in Verantwortung des Oberbürgermeisters zu sehen ist.

Stadtrat Seifert, CDU-Fraktion, legt nochmals ausführlich den Werdegang des Änderungsantrages dar und bittet um die Findung eines Weges zur Finanzierung.

Der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Dr. Koch macht Ausführungen hinsichtlich der Haushaltssituation des Museums und zum Wirken des Museumsvereins.

Stadtrat Veil, CDU-Fraktion, unterstützt den Vorschlag des Stadtrates Seifert, CDU-Fraktion, und spricht sich für eine Zustimmung zum Änderungsantrag als Grundsatzbeschluss aus.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM/Tierschutz spricht sich ebenfalls für eine Zustimmung zum Änderungsantrag aus.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr bringt eine redaktionelle Änderung zum Antrag A0226/05 ein:

Der Stadtrat unterstützt die in der Information I0323/05 vorgeschlagene Variante der Aufstellung der „Kurfürsten“ des Magdeburger Reiters im Schmuckhof des Magdeburger Museums *vorbehaltlich einer haushaltsneutralen Finanzierungsmöglichkeit.*

Der 2. Absatz des Antrages wird gestrichen.

Gemäß Änderungsantrag A0226/05/1 der CDU-Fraktion beschließt der Stadtrat bei 2 Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Die Stadt unterstützt die Aufstellung der vier Kurfürsten im Schmuckhof des Kulturhistorischen Museums zur diesjährigen Europaratsausstellung „Das heilige Reich“.

Der Stadtrat beschließt unter Beachtung des Änderungsantrages A0226/05/1 sowie der redaktionellen Änderung des Stadtrates Löhr, SPD-Fraktion, bei wenigen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 966-32(IV)06

Die Stadt unterstützt die Aufstellung der vier Kurfürsten im Schmuckhof des Kulturhistorischen Museums zur diesjährigen Europaratsausstellung „Das heilige Reich“ vorbehaltlich einer haushaltsneutralen Finanzierungsmöglichkeit.

8.4.	Überdachung "Tastmodell" Magdeburger Innenstadt Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Kulturausschuss WV v. 09.02.06	A0238/05
------	---	----------

Der Ausschuss K empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss StBV lehnt die Beschlussfassung ab.

Es liegt der Änderungsantrag A0238/05/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bringt den Änderungsantrag A0238/05/1 ein und begründet diesen.

Gemäß Änderungsantrag A0238/05/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beschließt der Stadtrat mehrheitlich:

Der Antrag A0238/05 wird von der Tagesordnung dieser Stadtratssitzung **zurückgezogen** mit der Maßgabe, vor Beschlussfassung durch den Stadtrat eine Stellungnahme des Behindertenbeauftragten zum Antrag zu erbitten.

WV: SR-Sitzung 01. 06. 2006

8.5. Eröffnung Weihnachtsmarkt

A0230/05

Interfraktionell
WV v. 12.01.06

Die Ausschüsse KRB, RWB und VW lehnen eine Beschlussfassung ab.

Es liegt der Änderungsantrag A0230/05/2 der CDU-Fraktion vor.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den interfraktionellen Antrag A0230/05 umfassend ein.

In der sich anschließenden umfänglichen Diskussion verweist der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr auf die ausführliche und kontroverse Beratung der Thematik in der Fraktion, in deren Ergebnis keine deutlich einheitliche Auffassung gefunden werden konnte.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, informiert über die Befassung mit dieser Thematik im Ausschuss Juhi vor dem Hintergrund der Wertevermittlung an Jugendliche und verliest eine diesbezügliche Erklärung des Ausschusses. Der Ausschuss Juhi unterstützt das Anliegen des interfraktionellen Antrages A0230/05.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge bringt den GO-Antrag – Ende der Rednerliste – ein.

Gemäß GO-Antrag des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge beschließt der Stadtrat bei wenigen Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich:

Ende der Rednerliste.

In der weiteren Diskussion legt der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning seine Auffassung dar, dass es mit einer Verlegung der Markteröffnung zu Umsatzeinbußen bei den einzelnen Händlern kommt, die hiermit ihren Lebensunterhalt verdienen. Er befürchtet eine hiermit verbundene Minderung der Qualität des Weihnachtsmarktes und vertritt nach wie vor die Auffassung, dass seitens der Stadt keine Einflussnahme auf das Weihnachtmarktgeschäft erfolgen sollte. Im Ergebnis von Gesprächen mit Befürwortern und Gegnern des Antrages spricht sich seine Fraktion gegen eine Beschlussfassung zum Antrag aus.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, sieht im Weihnachtsmarkt einen Wirtschaftsfaktor und legt die Auffassung dar, die bisherige Öffnungsregelung beizubehalten und seitens des Stadtrates keine Neuregelungen vorzunehmen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern legt dar, dass im Ergebnis von Gesprächen mit Händlern und der Diskussion in seiner Fraktion eine mehrheitliche Meinungsbildung erreicht werden konnte. Er unterstreicht die positive Wirkung des Weihnachtsmarktes der vergangenen Jahre auf die Stadt Magdeburg und auf die umliegenden Gemeinden. Mit dem Verweis auf eingeholte Informationen zum Umgang mit dieser Thematik in anderen Städten begründet er den vorliegenden Änderungsantrag A0230/05/2 der CDU-Fraktion.

Stadtrat Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, unterstützt den Antrag A0230/05 und spricht sich für eine Zustimmung zum Änderungsantrag aus.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM/Tierschutz Stadtrat Dr. Kutschmann und Stadträtin Huhn, SPD-Fraktion, sprechen sich gegen eine Beschlussfassung zum vorliegenden Antrag aus.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz unterstreicht in seinen Ausführungen die Schwierigkeit, wirtschaftliche Aspekte mit bestimmten Wertevorstellungen in Übereinstimmung zu bringen. Er erläutert die Hintergründe für den seitens der Verwaltung unterbreiteten Kompromissvorschlag und spricht sich dafür aus, hinsichtlich der bisherigen Öffnungsregelung keine Änderung vorzunehmen. Er unterbreitet den Vorschlag, keine Beschlussfassung zum Antrag vorzunehmen und die Entwicklung in anderen Städten hinsichtlich einer Verlängerung der Öffnungszeiten nach Weihnachten zu beobachten und auszuwerten.

Abschließend verweist der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper auf den gefassten Beschluss des Stadtrates zur Öffnung des Weihnachtsmarktes vor dem Totensonntag und bringt seine Auffassung zum Ausdruck, dass die Wertevorstellung der Bürger nicht durch einen Stadtratsbeschluss geändert werden können und spricht sich für eine Beibehaltung der bisherigen Regelung aus.

Gemäß Änderungsantrag A0230/05/2 der CDU-Fraktion beschließt der Stadtrat bei vielen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Der Antragstext wird um folgenden Punkt ergänzt:

Als Ausgleich für die möglichen Verluste bei einer Eröffnung des Weihnachtsmarktes nach dem Totensonntag wird die Möglichkeit geprüft, den Weihnachtsmarkt, möglicherweise im reduzierten Umfang, zwischen dem 2. Weihnachtsfeiertag und dem 30. Dezember eines Jahres zu öffnen. Das Prüfungsergebnis ist dem Stadtrat, nach der Beratung in den Ausschüssen, bis zur Septembersitzung vorzulegen.

Der Stadtrat beschließt unter Beachtung des Änderungsantrages A0230/05/2 der CDU-Fraktion mit 27 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 967-32(IV)06

Die Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in der Gesellschaft zur Durchführung der Magdeburger Weihnachtsmärkte mbH werden aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass der Weihnachtsmarkt künftig erst am Montag nach Totensonntag eröffnet wird.

Als Ausgleich für die möglichen Verluste bei einer Eröffnung des Weihnachtsmarktes nach dem Totensonntag wird die Möglichkeit geprüft, den Weihnachtsmarkt, möglicherweise im reduzierten

Umfang, zwischen dem 2. Weihnachtsfeiertag und dem 30. Dezember eines Jahres zu öffnen. Das Prüfungsergebnis ist dem Stadtrat, nach der Beratung in den Ausschüssen, bis zur Septembersitzung vorzulegen.

8.6.	Kostenrahmen für den Sachsen-Anhalt-Tag und für das Stadtjubiläum	A0051/06
<u>Ausschuss für Rechnungsprüfung und Beteiligungscontrolling</u>		

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge übernimmt die Sitzungsleitung.

Die Vorsitzende des Ausschusses RPB Stadträtin Bork bringt den Antrag A0051/06 ein.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Änderungsantrag A0051/06/1 ein.

Der Stadtrat beschließt bei einigen Ja-Stimmen und vielen Enthaltungen mehrheitlich:

Der Änderungsantrag A0051/06/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Stadtrat möge nachfolgende Änderung beschließen (**Änderung im Fettdruck**):

Das Rechnungsprüfungsamt wird beauftragt zu prüfen,

Punkt 1. bleibt unverändert

Punkt 2. neu

Ebenfalls zu prüfen ist, ob die einschlägigen Vorschriften eingehalten wurden.

Punkte 3.-5. streichen

Diese sind mit Neufassung von Punkt 2. erledigt

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat beschließt bei vielen Enthaltungen einstimmig:

Beschluss-Nr. 968-32(IV)06

Das Rechnungsprüfungsamt wird beauftragt zu prüfen,

1. inwieweit der vorgegebene Kostenrahmen für den Sachsen-Anhalt-Tag und für das Stadtjubiläum eingehalten wurde. Lt. Drucksache 0748/04 und 0749/04 wurden hierfür insgesamt 2.635.100 Euro zur Verfügung gestellt,
2. ob die für den Sachsen-Anhalt-Tag und das Stadtjubiläum akquirierten Drittmittel von Sponsoren, Spendern, Stiftungen etc. auch eingenommen werden konnten bzw. aus welchen Gründen diese ausblieben,
3. ob Eigenmittel und ggf. auch Fremdmittel zweckgerecht eingesetzt wurden,
4. ob die Vergabevorschriften beachtet wurden und inwiefern hierbei vor allem auch regionalansässige Unternehmen berücksichtigt wurden und
5. ob den Grundsätzen der Haushaltsklarheit, Haushaltswahrheit, Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit Rechnung getragen wurde.

Der Prüfbericht ist bis zum 30.08.2006 dem Stadtratsvorsitzenden zur Verfügung zu stellen, damit auch der Ausschuss für Rechnungsprüfung und Beteiligungscontrolling nach Maßgabe des § 25 Geschäftsordnung mit der Beratung anfangen kann.

Nach Erstellung der Stellungnahme durch den Oberbürgermeister ist diese in Form einer Drucksache dem Stadtrat vorzulegen.

8.7.	Entwicklung des Universitätsplatzes	A0053/06
	Interfraktionell	

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning bringt den Antrag A0053/06 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0053/06 in die Ausschüsse StBV und K – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, beschließt der Stadtrat bei vielen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Der Antrag A0053/06 wird in die Ausschüsse StBV und K überwiesen.

WV: SR-Sitzung 06. 07. 2006

- 8.8. Kunst für den Universitätsplatz A0055/06
 Stadträtinnen Sabine Paquè, FDP - Fraktion und Karin Meinecke,
 Fraktion Die Linkspartei. PDS
-

Der TOP 8.8 wurde **zurückgezogen**.

- 8.9. Tag des Schiffshebewerks A0054/06
 FDP - Fraktion
-

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0054/06 ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert, dass sich bereits 30 000 Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Unterschrift für den Erhalt des Schiffshebewerkes ausgesprochen haben.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, bringt einen Antrag zur redaktionellen Änderung des Antragstextes hinsichtlich des Zeitraumes ein. Der im Text exakte benannte Zeitraum ist zu ersetzen durch „**während der Betriebszeit des Schiffshebewerkes**“.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning, spricht sich für die Beschlussfassung zum Antrag aus. Er richtet seinen Dank an den Oberbürgermeisters bzgl. der initiierten Unterschriftenaktion und überreicht dem Oberbürgermeister weitere 1077 Unterschriften.

Der Stadtrat beschließt unter Beachtung der redaktionellen Änderung des Stadtrates Schwenke, CDU-Fraktion, einstimmig:

Beschluss-Nr. 969-32(IV)06

Die Landeshauptstadt Magdeburg initiiert während der Betriebszeit des Schiffshebewerkes einen „Tag des Schiffshebewerks“.

8.10. Ausstellung zum Schiffshebewerk A0066/06
 SPD - Fraktion

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, bringt den Antrag A0066/06 ein.

Der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herr Dr. Puchta informiert, dass seitens des Managements des Allee-Centers die Zustimmung zur Durchführung der Ausstellung gegeben wurde und die Ausstellungsbeginn in der Woche nach Ostern sein wird.

Stadträtin Bork, Fraktion Die Linkspartei.PDS, regt an bzgl. der Aktivitäten zum Erhalt des Schiffshebewerkes auch die Universität Magdeburg und die Fachhochschule Magdeburg-Stendal mit einzubeziehen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Beschluss-Nr. 970-32(IV)06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit den innerstädtischen Einkaufszentren Gespräche über eine Präsentation der Ausstellung „Das Schiffshebewerk Magdeburg-Rothensee – von der Entstehung bis zur Gegenwart“ ab Anfang April 2006 zu führen.

Bis zur Umsetzung der Ausstellung verbleibt diese im Foyer des Alten Rathauses.

8.11. Fußgängerfreundliche Ampelschaltungen A0059/06
 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt umfassend den Antrag A0059/06 ein.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0059/06 in die Ausschüsse UwE und StBV – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Löhr, SPD-Fraktion, beschließt der Stadtrat bei einigen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Der Antrag A0059/06 wird in die Ausschüsse UwE und StBV überwiesen.

WV: SR-Sitzung 01. 06. 2006

- 8.12. Antrag Grüne Welle für Magdeburg A0062/06
 CDU - Fraktion
-

Es liegt der Änderungsantrag A0062/06/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern bringt den Antrag A0062/06 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages in den Ausschuss StBV – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion, beschließt der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0062/06 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

Der vorliegende Änderungsantrag A0062/06/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird in die Beratung mit einbezogen.

WV: SR-Sitzung 01. 06. 2006

- 8.13. Aufstellung von vorhandenen Kunstwerken in der Innenstadt A0060/06
 SPD - Fraktion
-

Es liegt der Änderungsantrag A0060/06/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr bringt den Antrag A0060/06 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal signalisiert seine Zustimmung zum vorliegenden Antrag und bringt den Änderungsantrag A0060/06/1 ein.

Gemäß Änderungsantrag A0060/06/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Stadtrat möge folgende Änderung beschließen (**Änderung im Fettdruck**):

Geeignete Standorte sind dem Kulturausschuss **und dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr** vorzulegen.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages A0060/06/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einstimmig:

Beschluss-Nr. 971-32(IV)06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Figurenensemble aus Marmor von Wolfgang Rossdeutscher und die Sandsteinfigur „Tor“ von Wieland Schmiedel an geeigneten Standorten in der Innenstadt aufzustellen.

Geeignete Standorte sind dem Kulturausschuss und dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vorzulegen.

8.14.	Antrag Aufstellung der allegorischen Figuren der Zollbrücke in der Öffentlichkeit	A0063/06
	CDU - Fraktion	

Es liegt der Änderungsantrag A0063/06/1 der SPD-Fraktion vor.

Stadtrat Seifert, CDU-Fraktion, bringt den Antrag A0063/06 umfassend und den GO-Antrag – Überweisung in den Ausschuss K – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Seifert, CDU-Fraktion, beschließt der Stadtrat bei 4 Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Der Antrag A0063/06 wird in den Ausschuss K überwiesen.

Der vorliegende Änderungsantrag A0063/06/1 der SPD-Fraktion wird in die Beratung mit einbezogen.

WV: SR-Sitzung 06. 07. 2006

8.15.	Mosaik für Nashville	A0061/06
	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bringt den Antrag A0061/06 ein.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Beschluss-Nr. 972-32(IV)06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zum Zeichen der seit 2002 bestehenden Städtepartnerschaft mit Nashville ein Mosaik mit dem Stadtwappen von Nashville (USA) im Bürgersteig auf der nördlichen Seite des Alten Rathauses (ehem. OB-Eingang) zu gestalten. Dieses soll möglichst zum 5-jährigen Bestehen der Städtepartnerschaft im Jahr 2007 fertiggestellt werden.

Bei der Finanzierung sind auch die Möglichkeiten des Sponsorings durch Dritte zu prüfen und um Unterstützung seitens des Deutsch-Amerikanischen Dialogzentrum Magdeburg e.V. und weiterer an dieser Partnerschaft interessierten Personen aus Politik und Wirtschaft zu werben.

8.16. Antrag Beitritt zum Zentrum gegen Vertreibung A0064/06
 CDU - Fraktion

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern bringt den Antrag A0064/06 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0064/06 in den Ausschuss VW – ein.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht sich gegen den Überweisungsantrag aus und lehnt eine Beschlussfassung zum vorliegenden Antrag A0064/06 ab.

Stadtrat Dr. Reichel, SPD-Fraktion, und Stadträtin Karin Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, unterstützen den Überweisungsantrag.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion, beschließt der Stadtrat bei vielen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Der Antrag A0064/06 wird in den Ausschuss VW überwiesen.

WV: SR-Sitzung 01. 06. 2006

8.17. Antrag Initiative "Ehrenamt in der Schule" A0065/06
 CDU - Fraktion

Es liegt der Änderungsantrag A0065/06/1 der FDP-Fraktion vor.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, bringt den Antrag A0065/06 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0065/06 in die Ausschüsse BSS und Juhi – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Schindehütte, CDU-Fraktion, beschließt der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0065/06 wird in die Ausschüsse BSS und Juhi überwiesen.

Der vorliegende Änderungsantrag A0065/06/1 der FDP-Fraktion wird in die Beratung mit einbezogen.

WV: SR-Sitzung 06. 07. 2006

- 8.18. EinBlick - Politik und Verwaltung für Schülerinnen und Schüler transparent machen A0056/06
Alle Fraktionen
-

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0056/06 ein.

Stadtrat Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS, verweist darauf, dass die im Antrag benannte Veranstaltung auf Initiative des Jugendforums durchgeführt wurde. Er legt seine Bedenken hinsichtlich der Beauftragung des Oberbürgermeisters dar und bringt den GO-Antrag - Überweisung des Antrages A0056/06 in die Ausschüsse BSS und Juhi – ein.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, unterstützt den Überweisungsantrag.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS, beschließt der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0056/06 wird in die Ausschüsse BSS und Juhi überwiesen.

WV: SR-Sitzung 06. 07. 2006

- 8.19. Ehrung von historischen Persönlichkeiten mit Bezug zu Magdeburg A0057/06
Interfraktionell
-

Stadtrat Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0057/06 ein.

Stadträtin Frömert, Fraktion Die Linkspartei.PDS, begründet ihre Ablehnung einer Beschlussfassung zum vorliegenden Antrag.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0057/06 in die Ausschüsse KRB und K ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal spricht sich gegen den Überweisungsantrag aus und lehnt eine Beschlussfassung zum Antrag ab.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion, beschließt der Stadtrat mehrheitlich:

Der Antrag A0057/06 wird in die Ausschüsse KRB und K überwiesen.

WV: SR-Sitzung 06. 07. 2006

8.20. Übersicht Veranstaltungsorte in Magdeburg
FDP - Fraktion

A0058/06

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0058/06 umfassend und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0058/06 in die Ausschüsse RWB, K und FG – ein.

Stadtrat Czogalla, SPD-Fraktion, und Stadträtin Karin Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, sprechen sich gegen den Überweisungsantrag und für eine Ablehnung des Antrages aus.

Der GO-Antrag des Stadtrates Klein, FDP-Fraktion,

Überweisung des Antrages A0058/06 in die Ausschüsse RWB, K und FG

wird vom Stadtrat bei vielen Ja-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich **abgelehnt**.

Der Stadtrat beschließt bei 2 Ja-Stimmen und vielen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 973-32(IV)06

Der Antrag A0058/06 der FDP-Fraktion

Der Oberbürgermeister wird gebeten, dem Stadtrat zur weiteren Beratung in den Ausschüssen bis Juli 2006 eine Bestandsaufnahme der kommunalen, d. h. von der Stadt oder Gesellschaften mit städtischer Beteiligung betriebenen, und privaten Veranstaltungsobjekte in der Landeshauptstadt Magdeburg zukommen zu lassen, in denen mittlere und große Veranstaltungen mit Kongress-, Messe-, künstlerischem oder/und sportlichem Charakter durchgeführt werden. Die Darstellung soll - wo möglich – auch das jeweilige Nutzungskonzept und die Auslastung in den Jahren 2004 und 2005 beinhalten. Darüber hinaus soll die Darstellung auch - dort, wo es der Stadt möglich ist – eine auf betriebswirtschaftlicher Grundlage basierende Einschätzung der geplanten Auslastung der Jahre 2006 und 2007 enthalten.

wird **abgelehnt**.

8.21. Hochwassersituation
FDP-Fraktion

A0069/06

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0069/06 umfassend ein.

Der Vorsitzende der Fraktion future! - die jugendpartei Stadtrat Stage spricht sich gegen eine Beschlussfassung zum Antrag aus.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning legt seine Auffassung dar, dass es keines Antrages bedarf den Oberbürgermeister zu veranlassen, eine Auswertung zur derzeitigen Hochwassersituation vor dem Stadtrat vorzunehmen und sieht den Antrag als erledigt an.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz verweist darauf, dass die Hochwassersituation noch besteht und somit eine Auswertung zum derzeitigen Zeitpunkt nicht vorgenommen werden kann. Er sagt zu, dem Stadtrat die entsprechenden Informationen nach Entspannung der Hochwassersituation vorzulegen.

Der Stadtrat beschließt bei einigen Ja-Stimmen und vielen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 974-32(IV)06

Der Antrag A0069/06 der FDP-Fraktion:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, in der Stadtratssitzung am 6. April 2006 zur aktuellen Hochwassersituation in der Landeshauptstadt Stellung zu nehmen. Hierbei bitten wir um Berücksichtigung folgender Aspekte:

- erkennbare Auswirkungen auf Privathaushalte
- erkennbare Auswirkungen auf die Unternehmen in Magdeburg, insbesondere die Eigenbetriebe und kommunalen Unternehmen (gibt es hierzu bereits erkennbare haushaltsrelevante Mehrkosten?)
- zu erwartende wirtschaftliche Auswirkungen auf die stadtnahe Landwirtschaft sowie auf Kleingartenanlagen und weitere städtische Areale (Grün- und Freizeitflächen, etc.)
- erste Erfahrungen im Vergleich zu der Hochwassersituation 2002 insbesondere auf den Gebieten Deichschutz, Kommunikationswege innerhalb der betroffenen Verwaltungen und Bürgerinformationen

wird **abgelehnt**.

8.22. Erhalt des Bischofs- und des Kirchensitzes in Magdeburg
Interfraktionell

A0070/06

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Beschluss-Nr. 975-32(IV)06

Der Stadtrat unterstützt die Maßnahmen des Oberbürgermeisters zum Erhalt des Bischofssitzes und des Kirchenamtes der Förderung evangelischer Kirchen in Mitteldeutschland und ihrer Teilkirchen in Magdeburg.

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, intensiv den Dialog mit dem Bischof, mit der Leitung des Landeskirchenamtes und zusätzlich mit der Landesregierung zu suchen und alle Anstrengungen zu unternehmen, dort ein Bewusstsein für die Problemlage zu schaffen.

9. Informationsvorlagen

. Konzept zum Umgang mit Open-Air-Veranstaltungen

I0045/06

Stadtrat Balzer, SPD-Fraktion, verweist auf die nach seiner Auffassung bestehende Brisanz der in der vorliegenden Information behandelten Thematik und nimmt hierzu Stellung.

Insbesondere hält er es für wünschenswert, wenn seitens des Oberbürgermeisters zur benannten Thematik eine entsprechende Dienstanweisung als Handlungsgrundlage für den Stadtordnungsdienst erlassen worden wäre. Hinsichtlich der Genehmigung von Open-Air-Veranstaltungen verweist er auf den entsprechend der gesetzlichen Regelungen eingeräumten Ermessensspielraum der Verwaltung und merkt kritisch an, dass hinsichtlich des Lärmschutzes allgemeine Pegelwerte festgesetzt wurden, ohne genaue Definitionen z.B. zum Einzugsgebiet vorzugeben.

Im Ergebnis seiner umfassenden Ausführungen empfiehlt er dem Stadtrat, die vorliegende Information nicht zur Kenntnis zu nehmen und den Oberbürgermeister zu beauftragen, eine entsprechende Dienstanweisung zu erlassen.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz verweist darauf, dass die Verwaltung, speziell sein Dezernat, die Aufgabe hat, die Interessen der Anwohner zu schützen. Bei der Genehmigung von Open-Air-Veranstaltungen liegt hierbei der Schwerpunkt bei Veranstaltungen nach 23.00 Uhr. Die im Konzept angegebenen Werte ergeben sich aus den geltenden Rechtsvorschriften. Insbesondere verweist er auch darauf, dass es sich immer um Einzelfallentscheidungen handelt und das in der Information beschriebene Konzept als Rahmenkonzept zu betrachten ist. Dieses Konzept wurde mit Magdeburger Veranstaltern diskutiert und die Vorgehensweise in beiderseitigem Interesse abgestimmt.

Zur Nachfrage des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal bzgl. einer erforderlichen Beschlussfassung durch den Stadtrat hierzu verweist der Oberbürgermeister darauf, dass es sich hier um eine Aufgabe im übertragenen Wirkungskreis handelt und somit nicht in der Zuständigkeit des Stadtrates liegt. Hinsichtlich möglicher Beschwerden von Anwohnern liegt die gesamte Verantwortung bei der Stadtverwaltung.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, unterbreitet abschließend den Vorschlag, die vorliegende Information ebenfalls in den Ausschüssen UwE und StBV zu behandeln.

Die zu den TOP 9.1 bis 9.9 vorliegenden Informationen werden zur Kenntnis genommen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Jens Ansorge
Vorsitzende/r

Schriftführer/in

Anwesend:

Vorsitzende/r

Ansorge, Jens

Mitglieder des Gremiums

Hildebrand, Jürgen Dr.

Balzer, Falko

Bischoff, Norbert

Bork, Jana

Bromberg, Hans-Dieter

Brüning, Hans-Werner

Canehl, Jürgen

Czogalla, Olaf

Danicke, Martin

Franke, Holger

Frömert, Regina

Giefers, Thorsten

Gripinski, Axel

Grünert, Gerald

Heendorf, Michael

Hein, Rosemarie Dr.

Heinemann, Klaus

Heinl, Gerhard

Herbst, Sören Ulrich

Heynemann, Bernd

Hoffmann, Martin

Huhn, Dagmar

Klein, Carsten

Krause, Bernd

Kriese, Birgit

Kutschmann, Klaus Dr.

Löhr, Rainer

Meinecke, Karin

Meinecke, Sven

Meinecke, Walter

Müller, Oliver

Paqué, Sabine

Reichel, Gerhard Dr.

Reppin, Bernd

Rink, Johannes

Salzborn, Hubert

Schindehütte, Gunter

Schmicker, Wolfgang

Schmidt, Kurt Dr.

Schoenberner, Hilmar

Schuster, Frank

Schwenke, Wigbert

Seifert, Eberhard

Siedentopf, Uta

Stage, Michael
Stern, Reinhard
Szydzick, Claudia
Trümper, Lutz Dr.
Veil, Thomas
Wähnelt, Wolfgang
Westphal, Alfred
Wübbenhorst, Beate
Zentgraf, Hans-Jürgen
Zimmer, Gerd Dr.

Abwesend

Altmann, Martin
Lischka, Burkhard